

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Werktages. Abonnementspreis mit Illustr. Beilage „Volk u. Zeit“ vier Haus für die Woche vom 17. bis 23. Febr. 45 Goldpfennige. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.

Redaktion: Honannißstraße 46.
Fernruf { 905 nur Redaktion.
 { 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 20 Goldpfennige. auswärtige 25 Goldpfennige. Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige. Reklamen 80 Goldpfennige.

Geschäftsstelle: Honannißstraße 46.
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle.
 { 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 40.

Dienstag, 19. Februar 1924.

31. Jahrgang.

Verständigung zwischen Bayern und Reich.

Rahr und Kossow zurückgetreten.

München, 18. Februar.

Der Rücktritt des Generalstaatskommissars v. Rahr und des Landeskommandanten General v. Kossow, der seit seiner Zusammenkunft des Reichsanzlers mit dem bayerischen Ministerpräsidenten v. Knilling in Hamburg vor der Höhe als bevorstehend angekündigt worden war, ist heute offiziell erfolgt. Das Generalstaatskommissariat, das von der Regierung Knilling am 26. September v. J. geschaffen worden ist, besteht de facto nicht mehr und Dr. v. Rahr, der als Generalstaatskommissar mit diktatorischen Vollmachten eingesetzt worden ist, um den Putsch der Hitler-Leute, der damals drohte, zu verhindern, kehrt in sein früheres Amt als Regierungspräsident in Oberbayern zurück.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Konflikt zwischen dem Reich und Bayern ist beigelegt. Zur Erledigung der sachlichen Streitpunkte zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung über den Vollzug des Wehrgesetzes wurde in den letzten Tagen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung folgendes vereinbart:

Uebereinstimmung besteht, daß durch die Lösung des gegenwärtigen Falles die Bestimmungen der Reichsverfassung und des Wehrgesetzes über die Einheit des Reichsheeres und die Einheitlichkeit des Oberbefehls nicht berührt werden sollen. In diesen Bahnen soll

a) künftig auch bei der Abberufung des Landeskommandanten mit der bayerischen Regierung ins Benehmen getreten und dabei ihren begründeten Wünschen möglichst Rechnung getragen werden;

b) bei der Verwendung bayerischer Truppen außerhalb des Landes die bayerische Regierung möglichst vorher gehört und dabei den bayerischen Belangen die künftige Rücksicht zuteil werden, insbesondere hinsichtlich der inneren Sicherheit des Landes;

c) die Eidesformel der gesamten Wehrmacht zur Vermeidung von Zweifeln künftig folgende Fassung erhalten:

„Ich schwöre Treue der Verfassung des Deutschen Reiches und meines Heimatstaates und gelobe, als tapferer Soldat mein Vaterland und seine geschwähnten Einrichtungen jederzeit zu schützen und dem Reichspräsidenten und meinen Vorgesetzten Gehorsam zu leisten.“

Durch vorstehende Vereinbarung wird der Behandlung weiterer, in der bayerischen Denkschrift enthaltener Wünsche nicht vorgegriffen.

Mit dieser Vereinbarung ist das Einvernehmen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung wiederhergestellt, und die Konfliktnahme des bayerischen Teiles der Reichswehr auf die bayerische Regierung vom 2. Oktober 1923 entfallen.

Ein unrühmliches Ende.

SPD. München, 18. Februar. (Eig. Drahtber.)

Die Zeit hat sich erfüllt. Nachdem festgestellt, daß die bayerische Staatsregierung auf einseitiges Drängen des Landesamts im Laufe dieser Woche den Generalstaatskommissar eines großen Teiles seiner diktatorischen Vollmachten entkleiden wird, daß es Herr v. Rahr vor, seinen Auftraggebern den ganzen Krampf hinausschmeißen. Nach am Sonntag hat er sein Amt als Generalstaatskommissar in die Hände des Geheimministers zurückzugeben mit der Begründung, daß er die beabsichtigte Teilung der noch bestehenden Gewalt vom Standpunkt der Sicherheit des Landes aus für höchst bedenklich halte. In Wirklichkeit ist eine solche Teilung ernstlich gar nicht geplant gewesen. Das offizielle Gerücht davon sollte dem Generalstaatskommissar nur nach außen hin die Möglichkeit geben, mit einer gewissen Charakteristik Schweigen zu bewahren, damit man nicht in die Notwendigkeit verlegt wurde, den prominenten Statthalter der Reichswehr einen kleinen Jungen abzulegen zu müssen. Als Regier!

Nach den letzten Verhandlungen im Reichstag über die Sicherung der Wahlfreiheit bestand kein Zweifel mehr, daß die Regierung zwar nicht gewillt ist, den Ausnahmezustand völlig auf-

zuheben — obwohl gegen diese Aufhebung im Ernste keine der Parteien etwas einzuwenden hatte — daß sie aber den vielfachen und berechtigten Klagen gegen die Methoden des Herrn von Rahr weitestgehend Rechnung tragen wird. Nunmehr hat der Minister des Innern, Schwegler, das stark gemilderte Instrument des Ausnahmezustandes in seine eigene Hand genommen, womit zum mindesten die Verantwortlichkeit endlich auf die selekt- und persohnensmäßige Basis gestellt ist. Gewiß ein Fortschritt für Bayern!

Dah der Rücktritt Rahr's nicht zufällig mit der Teilung der noch bestehenden Gewalt zusammenhängt, erkennt man am besten daraus, daß er die notwendige Vorarbeit war für die Teilung des Konfliktes zwischen dem Reich und Bayern. Tatsächlich ist das Ende Rahr und das Ende dieses traurigen Konfliktes automatisch zusammengefallen. Da ein Hauptteil dieses Konfliktes in der von der bayerischen Regierung Knilling angetragenen Selbständigkeit über den Vollzug des Wehrgesetzes lag, so brachte der Rücktritt auf diese Eigenmächtigkeit naturgemäß auch den Rücktritt des Generals v. Kossow als Kommandant des Wehrkreises 7 (Bayern) bzw. als bayerischer Landeskommandant. Es ist klar, daß das ebenfalls am Sonntag einvernehmlich Abgeschlossen dieses Generals ohne weiteres als genehmigt anzusehen ist. Die Beilegung des Konfliktes erfolgte offiziell auf Grund einer Vereinbarung zwischen Reichsregierung und bayerischer Regierung, daß unter der Vorbedingung, daß durch die Lösung des letzten Falles die Bestimmungen der Reichsverfassung und des Wehrgesetzes über die Einheit des Reichsheeres und die Einheitlichkeit des Oberbefehls nicht berührt werden. Die Abmachungen besagen, daß Konflikte auch bei der Abberufung des Landeskommandanten die bayerische Regierung gehört und ihren begründeten Wünschen Rechnung getragen wird, daß ferner bei der Verwendung bayerischer Truppen innerhalb des Landes die bayerische Regierung möglichst vorher gehört wird.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß der Erfolg bei der Konfliktbeilegung auf Seiten der Reichsregierung ist, und das ist das Entscheidende und Erfreuliche in dieser ganzen Frage der Auflösung des Generalstaatskommissariats, daß nach Rahr und Kossow endlich wieder einmal die bayerische Person dem Reich untergeordnet wurden. Aus dieser Tatsache erkennt man klar die ganze reichsfeindliche Wirkung der Tätigkeit des Herrn von Rahr. Sein Vorkaufsrecht, der Chefredakteur der „Münchener Zeitung“ ist sich zwar heute schon alle Mühe, zu beweisen, daß das Hauptverbrechen Rahr's in der von ihm herbeigeführten Teilung des Reiches liegt. Dieser Beweis ist aber schlecht erbracht, wenn dieser vorwärtige Mitarbeiter Rahr's gleichseitig entküpft, daß der Generalstaatskommissar bei Fortdauer der wirtschaftlichen Verhältnisse von vorien herfort die Möglichkeit einer Selbständigemachung Bayerns ins Auge gefaßt hätte. Nicht ist auch die Mitteilung, daß von der Hitler-Ludendorff-Gruppe Abmachungen mit Rahr gemacht worden seien, die dieser aber von vornherein abgelehnt habe. Man geht wohl kaum fehl in der Annahme, daß von Rahr alles daran gelegen ist, vor allem Ludendorff unbeschadet aus dem Prozess herauszubringen. Aus diesem Grunde haben sie Rahr an, über seine Rolle im Bürgerbräukeller möglichst keine belastenden Aussagen zu machen, wenn der Generalstaatskommissar sich seinerseits bereit erklären würde, den General Ludendorff zu schonen.

Ueber die unmittelbaren Wirkungen der Veränderung der Machtverhältnisse in Bayern ist im Augenblick noch nichts bekannt. In sich wäre es eine Selbstverständlichkeit, daß mit dem Verschwinden Rahr's auch keine ähnlichen Verordnungen und Erlasse hinsichtlich würden. Man denkt hier zunächst an die Nichtigkeitsklärung der Republikshukakele für Bayern, wodurch die Aburteilung der Hochverräter vom 8./9. November dem Staatsgerichtshof entzogen und u. a. auch dem Hochverräter Ehrhardt gestattet wurde, auf den gegen ihn erlassenen Steckbrief zu pfeifen und seine dunklen Pläne in Bayern ungehindert weiter zu verfolgen.

Mit Herrn v. Rahr als Generalstaatskommissar verschwindet hoffentlich auch der von ihm zusammengebaute Stab seiner ersten Mitarbeiter. Das sind ohne Einrichtung der Hilfskräfte etwa ein halbdutzend Leute, darunter der schon erwähnte Hofsejler Schiedt, der Hussaburger Rechtsrat Kleinmann, der ehemalige Oberstaatssekretär Fortner, sowie die Ministerialbeamten Aufsch (bekannt durch seine Neuerung von dem vererbten und verletzten Berlin), Freyberg und Schuler; zu den mehr externen Mitarbeitern zählte auch der Syndikus der Münchener Akademie der Wissenschaften, Alexander v. Müller.

Das Ende einer Tragödie.

Berlin, 18. Februar.

Mit dem Beginn des Völkermordes im August 1914 verlor das Deutsche Reich in der Welt jeden moralischen Ansehens. Heute noch rächen sich die Folgen der damals begangenen verhängnisvollen Politik des alten Regimes. Immer noch stehen wir im Kampfe um unser Recht, der sich bereits mehrfach zufriedenstellend auszuwirken begann, aber leider allzu oft von dieser oder jener Regierung durch irgend eine Dummheit wirkungslos gemacht wurde. Wir erinnern nur an die letzte außenpolitische Torheit, den Flaggenkandal aus Anlaß des Todes von Wilson. Sie hat uns moralisch nicht nur in Amerika, sondern auch in anderen Weltteilen mehr geschadet, als wir in einem Jahre wieder gut zu machen vermögen. Auch innenpolitische Vorkommnisse der letzten Monate waren geeignet, unser Streben um eine gerechte Behandlung in mannigfacher Beziehung zu entfrachten. Wiederholt haben wir z. B. darauf verwiesen, daß die eigene Forderung nach Recht gegenüber dem Auslande so lange ihre entgeltliche Wirkung verlieren muß, als ein großer Teil des deutschen Volkes selbst der Rechtslosigkeit preisgegeben ist. Tatsächlich schaffte der Ausnahmezustand, der nunmehr mit dem 1. März abgebaut werden soll, einen Zustand der Rechtslosigkeit, der im Auslande teilweise geradezu Entsetzen hervorgerufen hat. Mit der Aufkündigung seines Endes erfährt jener Grad der Rechtslosigkeit eine nochmalige zusammenfassende Charakteristik. Sie wird jetzt ergänzt durch den inzwischen erfolgten Rücktritt der Herren Rahr und Kossow in München. Die innenpolitische Tragödie, die wir seit den Septembertagen des vorigen Jahres erleben mußten, wird so vor der Welt erneut aufgerollt.

Es war am 26. September 1923, als sich die bayerische Regierung in Befürchtung eines Hitlerputsches veranlaßt sah, den Ausnahmezustand zu verkünden und ihre Befugnisse an Herrn v. Rahr abzutreten, um den Putschisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Regierung Stresemann erkannte damals die Gefahren, die sich mit dieser Maßnahme für das Reich ergaben. Sie verhängte deshalb über das ganze Reichsgebiet den Ausnahmezustand. Rechtlich war damit die Anordnung des bayerischen Kabinetts, die Herr v. Rahr auch die Verfügungsgewalt über die bayerische Reichswehr gab, hinfällig geworden und dem Reich die alleinige Befehlsgewalt wenigstens vorläufig auf dem Papier gesichert. Getreu dem Grundgesetz, daß Reichsrecht Landesrecht bricht, mußte Herr v. Rahr infolge dessen ohne Rücksicht auf die bayerische Regierung von seinem Amte zurücktreten und dem inzwischen vom Reichswehrminister zum Befehlshaber für das bayerische Gebiet ernannten General die Befehlsgewalt überlassen. Stattdessen handelte er entgegengelehrt, ohne daß die bürokratischen Minister der damaligen Reichsregierung den Mut zum Handeln aufbrachten. Sie wurden damit zu den intellektuellen Urhebern jener Akte, die sich später ereigneten und die ihren Förderer in Herrn v. Rahr fanden. Der vom Reich befohlene und dem Reichswehrminister unterstehende General Kossow trat offen in das Lager der Rebellion über, als ihm von Berlin aus der Auftrag zuteil wurde, selbst gegen den Willen des Generalstaatskommissars das angeordnete Verbot des „Völkischen Beobachters“ mit Waffengewalt durchzuführen. Dem ersten Verstoß gegen den Treueeid und die Reichsverfassung ließen er und Herr v. Rahr unter stillschweigender Duldung der bayerischen Regierung die Inpflichtnahme der bayerischen Truppen folgen, ohne daß sich die amtlichen Instanzen in Berlin dagegen ernsthaft wehrten. Sie protestierten, aber es blieb bei diesem Protest. Die Folge war eine Krise des Kabinetts Stresemann, die vorübergehend gelöst wurde, aber bald wieder zum Ausbruch kam, nachdem die bürgerlichen Minister der Reichsregierung weiterhin zeigten, daß sie nicht bereit waren, gegen offene Meuterei vorzugehen. Sie aber stark genug fühlten, eine sozialistische Regierung mit Militärmusik ihres Amtes zu entheben und ein ähnliches Spiel in Thüringen zu beginnen.

Bei der geistigen Verfassung eines Teiles der bayerischen Bevölkerung, vor allem aber der ungehinderten Hege Hitlers, mußte die Mißachtung von Reichsgesetzen durch Bayern und das Reich sowie die bürgerlichen Fraktionen des Reichstages schlimmere Folgewirkungen haben. Der Hitler-Ludendorff-Putsch kam, vorzeitig angekündigt, tatsächlich am 9. November in München zum Ausbruch, nachdem seine Vorbereitung durch die aktive Unterstützung des Generalstaatskommissars und die Passivität der Regierung in Berlin möglich gemacht worden war. 24 Stunden später schwante Herr v. Rahr in der Erkenntnis einer Niederlage für die Putschisten ab. Der Berater und Führer der Hochverräter, die Deutschland vom Marxismus befreien und außenpolitisch wieder zur Höhe führen wollten, wurde zu ihrem Verräter und offenen Gegner. Ihn trifft die Schuld für jenes Blut, das wenige Stunden nach der Vollendung der Bürgerbräukellertragödie in den Straßen Münchens floß. Von diesem Augenblick an war die Position Rahr's untergraben. Stacheldraht und ein großes Aufgebot von Polizei bzw. Reichswehr mußten ihm zur eigenen Sicherheit dienen. Aber selbst jetzt fehlte der Reichsregierung der Mut, einzugreifen und der Reichsverfassung Geltung zu verschaffen. Statt zu handeln und die Reichswehr für eine Aufgabe zu benutzen, die ihr eigentlich zustand, begann man, die friedliebende Bevölkerung in bestimmten Landesteilen ihrer Gesinnung wegen mit Ausnahmezustand zu behandeln. So wurde vorübergehend die gefährdete Stellung des bayerischen Staatskommissars wieder gestärkt. Die Mittel des Reiches wurden auch jetzt noch nicht gegen die Meuterei verwandt, sondern für sie zur Verfügung gestellt — gegen die Anhänger der Republik.

Wenn v. Rahr jetzt als Generalstaatskommissar trotz der Reichsregierung erledigt ist, dann ist das schließlich seiner eigenen

Noch kein endgültiges Wahlergebnis in Mecklenburg.

SPD. Schwerin, 18. Februar. (Eig. Drahtber.)

Am Montagabend lagen von 1200 Bezirken aus 895 die Wahlergebnisse vor. Die Deutschnationalen erhielten bis dahin 87 225 Stimmen, die Völkischen 58 552, die Volkspartei 23 306, die Wirtschaftspartei 4775, die Landpartei 3638, Demokraten 11 236, die Republikanische Partei 2666, die Sozialdemokratie 65 425, die Unabhängigen 2431 und die Kommunisten 42 448.

Es ist anzunehmen, daß die Deutschnationalen, die Deutschnationalen und die Volkspartei eine Regierung mit parlamentarischer Mehrheit nicht nur bilden können, sondern auch bilden werden. Es verlautet bereits, daß die Deutschnationalen und auch die Volksparteiler bereit sind, den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten v. Graefe als Ministerpräsidenten zu wählen, obwohl die Deutschnationalen in ihrer Wahlagitacion geradezu agrarhol-wirtschaftliche Ideen vertrat.

Keine Änderung des Reichstagswahlgesetzes.

SPD. Der Reichsterrat des Reichstages hat am Montag die Tagesordnung für die ersten Sitzungstage des Reichstages beraten.

Am Mittwoch und Donnerstag sollen kleinere Vorlagen und die Wahlinterpellation erledigt werden. Auf der Tagesordnung für Freitag und Sonnabend steht das Postfinanzgesetz. Am Montag folgt die Beratung von Anträgen auf Aufhebung von Verordnungen, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen worden sind, sowie die erste Lesung des Notizats. Bei dieser Gelegenheit wird die Reichsregierung eine Erklärung über die Handhabung des Ermächtigungsgesetzes abgeben. Der Aelterenauschuß hat den Beschluß gefaßt, das vom Reichsinnenministerium vorgelegte Reichstagswahlgesetz vor den Reichstagswahlen nicht mehr zu beraten.

Sieg des Achtstundentages in der Schweiz.

SPD. Genf, 18. Februar. (Drahtbericht.)

Die Volksabstimmung in der Schweiz über den Achtstundentag hat am gestrigen Sonntag zu einem vollständigen und unerwarteten Erfolge für den Achtstundentag geführt. Während 314 000 Stimmen für die Vorlage des Bundesrats, die den Achtstundentag sprengte und eine tägliche Arbeitszeit von 10 Stunden verlangte, vorhanden waren, stimmten gegen die Vorlage 431 341 gegen die Aufhebung des Achtstundentages. Das bedeutet eine Majorität von 117 332 Stimmen für den Achtstundentag. Die Beteiligung in den einzelnen Kantonen war bis zu 56 Proz.

Wirtschaftslehre: Wochenschau.

Die Verwässerung der Mark hat nach dem Kriege den deutschen Export sehr begünstigt. Die Preise deutscher Waren lagen weit unter dem Weltmarktpreise, sodass es für die deutschen Formen leicht war, die ausländische Konkurrenz im In- und Ausland niederzuringen. Die Forcierung der Ausfuhr ging allerdings auf Kosten der Lohnarbeiter, der Substanz und des Wechselkurses. Die Dumpingerscheinung liegt eben im Wesen der Inflation und wiederholt sich ja augenblicklich in Frankreich, das seine Waren ruhig mit einer Ausfuhrabgabe von 20 Prozent belassen könnte, ohne sich Konkurrenzunfähig zu machen. Da jedes Dumping auf die Dauer im Gegenzug zur gesunden Wirtschaftsführung steht, muß sich die Reaktion nach bestimmten Exzessen von selbst einstellen. In Deutschland führte die Verminderung der Substanz und des Barlohnes in Verbindung mit der Einschränkung der Festrechnung und der Rentenmark zu dem bekannten Rückschlag. Das überlebte Preisniveau reduzierte den Export erheblich. Deutschland wurde das teuerste Land der Welt.

Damit war auf dem Gebiete des Warenaustausches die Ära der Inflation und des Dumping abgeschlossen; ein neues Kapitel deutscher Wirtschaftslehre begann. Mühte sich früher der Weltmarkt durch Antidumpingzölle gegen deutsche Waren schützen, so sah nun die deutsche Industrie ihren Binnenmarkt durch das Ausland bedroht. Damit begann in Deutschland der Schrei nach dem Zollschutz; der Landwirt fordert ihn, der Spinner und Zwiner, der Automobilfabrikant usw. Anhänger und Propagandisten des vermehrten Wirtschaftsschutzes tauchten in allen Lagern der Wirtschaft auf, wo der Kampf um den Zoll schon seit langem mit Leidenschaft hinter den Kulissen geführt wird. In und für sich müssen ja die schwebenden Handelsvertragsverhandlungen zur Erörterung eines deutschen Zolltarifs führen. Deshalb ist es nun überaus wichtig, wenn sich nach der Rede des Reichsernährungsministers Ranitz in Königsberg der demokratische Wirtschaftsminister Dr. Hanau aberdinand, wie es wohl nicht anders geht, gegen ein generelles Einfuhrverbot, aber prinzipiell für den Schutz Zoll ausgeprochen hat.

Zollfragen haben innerhalb der sozialdemokratischen Partei mehr als einmal Anlaß zu unliebsamen Erörterungen gegeben. Wir werden angesichts der kommenden Zollkämpfe manche Auseinandersetzung in der Partei vermeiden, wenn wir früh genug über die komplizierten Fragen in den Kreisen unserer Parteigenossen genügende Klarheit schaffen. Vorläufig muß unter Kampf aber grundsätzlich jene Tendenzen gelten, die wohl am besten unter dem Sammelbegriff Wirtschaftsschutzprotektionismus zusammengefaßt werden können. Dazu zwingen uns schon die anormalen Produktionsverhältnisse in Deutschland. Landwirtschaft und Industrie waren bei uns jahrelang ohne jeden Wettbewerb. Diese Monopolstellung hat zu Unzulänglichkeiten geführt, die sich in der Preisdiskussion und der technischen Verloerderung unserer Betriebe auswirken. Die aggressive Auslandskonkurrenz kann also nur ein Hebel sein, zu normalen Produktionsbedingungen und zu der erforderlichen technischen Umstellung zu kommen.

Aus diesem sachlichen Grund heraus lehnen wir jeden Protektionismus ab, ohne uns jedoch den wirklichen Notwendigkeiten der Wirtschaft zu verschließen, die für das Wohl und Wehe der breiten Masse der Lohnarbeiter ausschlaggebend sind. Dieses Prinzip hat die Sozialdemokratie von jeher verfolgt. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unsere Stellung gegenüber den Kalk- und landwirtschaftlichen Krediten, die in der verflochtenen Woche eine Regelung erfordern. Weiter stärkt uns die Ueberzeugung der deutschen Preise in dieser Aufstellung, da viele Käufer im Streit nicht den Schutz der Wirtschaft, sondern lediglich den Schutz der überlegten Preise wollen. Gerade in Zollfragen macht sich immer wieder der Egoismus bestimmter Interessentengruppen bemerkbar. Zollfragen sind aber ganz allgemein Außenhandelsfragen. Sie gehen die ganze Wirtschaft an und können nur eine gesunde und vernünftige Regelung erfahren, wenn das Interesse der Allgemeinheit ausschlaggebend berücksichtigt wird.

Dem ganzen Volke wird aber nur gedient werden können, wenn eine künstliche Preisstützungspolitik, wie sie heute in weiten Kreisen der Wirtschaft gefordert wird, nicht erfolgt. Mit Sorge nur kann man die neue Versteifung der Preise betrachten, die sich in der verflochtenen Woche bemerkbar gemacht hat; denn wir kommen nicht darüber hinweg, daß das bestehende Mißverhältnis zwischen Lohn und Warenpreis nur die Einführung eines weiteren Verfalls unseres Wechselkurses ist. Dagegen kann uns selbst eine noch so vorzügliche Kreditpolitik des Herrn Dr. Schacht schützen. Auch die Rentenmark ist aussehbar. Das Finanzgebaren der Reichshauptkasse im ersten Drittel des Monats Februar, das mit einem Defizit von rund 30 Goldmillionen abschließt, und die wiedererziehende Vermehrung des Notenumlaufs bei der Reichsbank sind ernste Warnungen, die sehr wahrscheinlich nicht ohne Einfluß auf die letzten Vorgänge am Devisenmarkt geblieben sind. Wenn die Spekulation, und leider handelt es sich vorzugsweise um deutsche Börsenjobber, den Vorstoß gegen den Wechselkurs wagte, muß sie auf jeden Fall Anhaltspunkte dafür gehabt haben, daß ihr Schatz, der doch sicher nicht billig gewesen ist, nicht ohne Erfolg bleiben konnte. Im Grunde genommen offenbart sich in den durch Dr. Schacht zurzeit aufgedeckten Börsenmanövern der moralische Niedergang unserer Geldinstitute, denen das solide Geschäft Nebenjache und die Spekulation alles geworden ist. Es ist an der Zeit, daß sie sich auf die Notwendigkeit, neue, der Wirtschaft dienende und sie nicht ausplündernde Wege in der Kreditpolitik anzuklagen, ernstlich besinnen. In diesem Zusammenhang müssen wir bedauern, daß die Ergebnisse der Untersuchung gegen die dekapitulierte Bankfirmen seit einigen Tagen der Öffentlichkeit vorenthalten werden. Angesichts dieser Hemmungen muß sich doch jeder fragen, ob es auf der Devisenbörse, die ja an und für sich das Bestreben zeigt, möglichst unter sich zu bleiben, etwas zu verbergen gibt.

Ganz allgemein muß in unserem ganzen Wirtschaftsleben, besonders in den Finanzen, auf größere Durchsichtigkeit gedrungen werden. Gegenüber Vorjahren wie dem Millionenanbahnwandel in der Giro-Zentrale hat das Publikum noch schwer das Unbestrittene Recht, jene Gesellschaft näher kennen zu lernen, der es sein Geld anvertraut. Gerade deshalb ist die neueste Verordnung der Regierung, für die Eminger verantwortlich zu machen ist, und die die Pflicht der Erwerbsgesellschaften, Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen zu veröffentlichen, äußerst höchst bedauerlich. Der Erlaß ist der dritten Steuerreformverordnung würdig. Er wird aber die Wirtschaft noch unübersichtlicher machen, die schon bisher beklagt war, die Öffentlichkeit zu meiden.

Unsicherheit in Paris.

SPD. Paris, 18. Februar. (Eig. Drahtber.)

Die nervöse Unsicherheit der öffentlichen Meinung über die Absichten des Quai d'Orsay bei Abschluss der Arbeiten der Sachverständigenausschüsse dauert an. Es gibt unter den zahlreichen widerspruchsvollen Gerüchten über die Ergebnisse der Sachverständigenarbeiten in Berlin keines, das nicht in den letzten Tagen da oder dort in der französischen Presse Glauben gefunden hätte und in der verschiedenartigen Weise kommentiert worden wäre. Nach einer achtstündigen Pressesitzung über die vom „Matin“ entwickelten Ideen in der Reparations- und Sicherheitsfrage wird jetzt endlich erklärt, daß diese anarchische Neuorientierung der französischen Außenpolitik als eine außerordentlich irreführende Ueberzeugung zu betrachten sei. Die Wochenschrift „L'Europa Nouvelle“, deren Mitarbeiter zu gewissen Stellen des Quai d'Orsay Zugang haben, bemerkt in diesem Zusammenhang: „Am Quai d'Orsay hat man wirklich die letzte Hand an den politischen Plan gelegt, der die Richtlinien der französischen Regierung für die Regelung der Reparations- und Sicherheitsfrage entscheiden soll. Es ist wenigstens ein vorläufiger Entwurf entstanden, der, wie versichert wird, bereits die Zustimmung des Präsidenten der Republik gefunden haben soll. Was gewisse Zeitungsartikel anlangt, die an diesem Mon Kritik zu üben scheinen, so erklärt man im „Mercur“, daß diese Indiskretionen weder ganz unzutreffend noch vollständig sind. Wenn die wahre Erleuchtung kommt, wird man sich in England davon überzeugen müssen, daß der „positive Plan“ wohl orthodoxer ist und daß die Regierung zwar in gewissen Punkten einen Richtungs- und Meinungswechsel vollzogen hat, aber so, daß es ganz unmerklich ist.“

SPD. Paris, 18. Februar. (Eig. Drahtber.)

Nach einer halbständigen Beratung des Sachverständigenausschusses Mac Kenna (deutsche Auslandsbeziehungen) fand am Montagvormittag eine Sitzung des Ausschusses Dawes (Budget und Währung) statt, die bis 1 Uhr dauerte und nach dem „Temps“ die Frage zum Gegenstand hatte, wie weit auf das deutsche Gesamtbudget Reparationszahlungen übernommen werden könnten. Reichsbankpräsident Dr. Schacht wurde nachmittags um 3 Uhr von dem Unter Ausschuss des Komitees Dawes für Reparationen über die Goldnotenkauf gehört. Um 4 Uhr reichte die Unter Ausschuss für Budgetfragen weiter.

SPD. London, 18. Februar. (Eig. Drahtber.)

Im Unterhaus beantwortete MacDonald die Anfrage wegen der Korrespondenz zwischen England, Frankreich und Belgien über

die Pfalzfrage

dahin, daß den Repräsentanten der drei Regierungen in Coblenz (Rheinlandkommission) die Ueberprüfung anvertraut ist. Die normale Verwaltung der Pfalz soll schrittweise wieder hergestellt werden. Die Entwaffnung aller Personen, die unberechtigt Waffen tragen, sei beschlossen. Zur Durchführung dieser Maßnahmen habe die Rheinlandkommission eine internationale Delegation ernannt, die mit den pfälzlichen Lokalbehörden zusammenarbeiten soll.

Arbeitslosenversicherung in England.

SPD. London, 18. Februar. (Eig. Drahtber.)

Im Unterhaus begann am Montag die Beratung einer Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz. Die Novelle bezweckt die Aufhebung einer Einschränkung der bisherigen Arbeitslosenversicherung und würde bei ihrer Annahme eine Mehrbelastung des Stats in Höhe von 600 000 Pfund in dem nächsten halben Jahr zur Folge haben. Außerdem wird sich das Unterhaus in dieser Woche mit der äußerst wichtigen Novelle zum Gesetz über die Erleichterungen des Handels zu befassen haben. Durch diese Novelle wird das Gesetz zunächst bis März 1925 ausgedehnt.

Stilles Börsengeschäft.

Berlin, 18. Februar.

Die Börse zeigte bei Beginn der Woche eine eher schwächere Tendenz bei außerordentlich kleinen Umsätzen. Diese Zurückhaltung erklärt sich in der Hauptsache daraus, daß die nächsten Tage voraussichtlich im Zeichen bedeutender politischer Entscheidungen stehen werden. Man glaubt in hiesigen Bankkreisen, daß die Gutachten der Sachverständigenkommissionen und die darauf basierenden Beschlüsse der Reparationskommission Deutschland noch immer weit über seine Leistungsfähigkeit hinaus belasten werden. Darauf deuten auch verschiedene Veröffentlichungen in maßgebenden französischen Blättern hin, die gewissermaßen die Forderungen Frankreichs darstellen. Außerdem beurteilt man auch die innerpolitische Lage Deutschlands neuerdings sehr skeptisch. Man nimmt an, daß die nächsten Wochen eine starke Verschärfung der innerpolitischen Gegensätze bringen werden. Während der größte Teil des Aktienmarktes ausgeprochen still lag, entwickelte sich in einzelnen Spezialwerten etwas regeres Geschäft. Täglich Geld war mit 1 Promille reichlich zu haben. Im Devisenverkehr besteht nach wie vor eine recht erhebliche Kaschfrage, die wohl ausschließlich auf den tatsächlich großen Bedarf des Einfuhrhandels zurückzuführen ist.

Unfähigkeit zu zuschreiben, von der inzwischen nicht nur Bayern, sondern ganz Deutschland und man kann wohl sagen, die Welt überzeugt sein dürfte. Er wollte das Reich von den „Fesseln des Marxismus“ befreien, ohne zu wissen, was Marxismus ist, wurde aber schließlich selbst das Opfer dieses von ihm bemeynten Vorwandes zur Sicherung der eigenen Machtsstellung. Nicht das geringste Anzeichen eines Wiederaufstieges hinterläßt er der herrlichen Bevölkerung bei seinem Abgang, sondern ein Trümmerfeld, den Geist der Korruption usw. Man sollte eigentlich annehmen, daß er unter diesen Umständen nunmehr politisch überhaupt erledigt ist. Wenn er dennoch im Amte des Regierungspräsidenten von Oberbayern bleibt, dann spricht das nicht für seine Person, sondern gegen jenen Geist, der heute noch in Bayern herrscht und Hochverräter in Amt und Würden läßt. Vielleicht vermag der kommende Hitler-Ludendorff-Prozess die Wirkung zu erzielen, sein eugentliches Ende als politische Person herbeizuführen. Zwar ist nicht daran zu zweifeln, daß Kahrs Stellung als Generalstaatskommissar zum Teil gerade wegen des bevorstehenden Hochverratsprozesses ihr Ende fand und zwischen ihm und den übrigen Hochverrättern gewisse Abmachungen über die gegenseitigen Aussagen vor dem Gerichtshof vorliegen. Immerhin ist die Empörung über den „Bathund“ in völkischen Kreisen derart, daß wir uns eine Zurückhaltung der kahrtschen Freunde von gestern nicht ohne weiteres vorstellen können.

Der Rücktritt Kahrs fällt zeitlich zusammen mit bestimmten Vereinbarungen zwischen dem Reich und Bayern. Sie stellen die kahrtschen Truppen wieder unter die Hoheit des Reiches und legen die Reichsverfassung auch Bayern gegenüber wieder in Kraft. Wir geben zu, daß diese Vereinbarungen nicht auf Kosten des Reiches erfolgt sind, müssen aber trotzdem feststellen, daß die Reichsregierung keinen Anlaß hat, auf sie auch nur irgendwie Rücksicht zu nehmen. Die Quittung ihrer Passivität gerade gegenüber den Hochverrättern in der „Ordnungszelle“ sehen wir nicht in den jetzt getroffenen Vereinbarungen, sondern in den am Sonntag in Mecklenburg und in den vorausgegangenen Wochen in anderen Beiräten festgelegenen Wahlen. Durch den Mangel an Energie und Entschlossenheit gegenüber den Reichsverrättern und Putschisten hat die Reichsregierung dieser Gesellschaft geradezu Hochwasser auf die Mühlen geleitet. Zwar haben der Reichsfinanzminister und der Reichsaussenminister selbst immer betont, daß die Voraussetzungen zu einer zureichenden Außenpolitik, von der Deutschlands Dasein abhängt, eine entschiedene Innenpolitik ist, stehen aber dennoch jeden Versuch vermissen, der mit ihren Prinzipien ernsthaft in Einklang zu bringen wäre. Deshalb die Verstimmlung in weiten Kreisen der Bevölkerung! Sie richtet sich praktisch gegen alle Parteien, die bisher bemüht waren, dem Volke zum Besten zu verhelfen. So endet die kahrtsche Tragödie, die in gewisser Sinne eine Tragödie des Reiches war, mit dem Ende Kahrs, aber mit dem Aufstieg der Unzucht!

Politische Verirrung.

In Berlin wird ein Vorschlag für die Gründung einer sogenannten Deutschen Arbeitslosenpartei vorbereitet, der wieder einmal so recht zeigt, welche politische Unreife in weiten Arbeiter- und Beamtenkreisen vorhanden ist. Für die schlechte Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten werden die bisherigen politischen Parteien verantwortlich gemacht, die eine an unzähligen Drogen gefüllte Politik und eine Zerreißen der Nation „nach Wehrhaunmann“ getrieben hätten. Die neue Partei nimmt deshalb zu heiligenden Gesellschaftsordnung keine Stellung und stellt sich nicht auf dem Boden des Sozialismus. Sie will grundsätzliche Streitfragen wie die Verpersönlichung der Produktion usw. nicht zur Entscheidung bringen und stellt als Ziel in sehr verblüffender Weise die Wahrung der bestehenden Verfassung auf. Der Vorschlag ist von einigen in der Öffentlichkeit nicht bekannten Angehörigen und Beamten unterzeichnet, doch soll es sich um die Arbeiter, um Beamtenmitglieder des Bundes der deutschen Angestellten und Beamten handeln. Das wäre infolgedessen verwunderlich, als die freien Arbeiterpartei doch bisher auf dem Boden des Sozialismus gestanden und wohl auch nicht die Absicht einer Aenderung haben.

„Demokraten“.

Ein heftiger Kampf löst sich unter den Demokraten Berlins um die Aufstellung des Spitzenkandidaten für die Reichstagswahl. Vorgeschlagen war dem Parteivorstand von der Parteileitung der bisherige Vertreter der Großindustrie v. Siemens. Gegen ihn erhob sich eine heftige Opposition, die Siemens vorwirft, zu sehr der Vertreter privatarbeiterlicher Interessen und vor allem der geschäftlichen Vertreter von Siemens, mit dem er im Rhein-Eise-Konzern verbunden ist, zu sein. Seine Aufstellung bedeute auch noch außen hin die Anerkennung der Oberherrlichkeit der großindustriellen Privatindustrie über die staatspolitischen Interessen. Für eine wirklich demokratische Partei ist es untragbar, die Privatinteressen der großen Konzerne über die Staatsautorität zu stellen. Aus diesem Grunde König die Opposition Prof. Bonn als Vertreter des linken Flügels der Demokraten vor. Aber die demokratische Partei der Reichshauptstadt ist nicht so stark in den Händen des Großkapitalismus, daß die Opposition in der Minorität bliebe und raschrecht vergewaltigt wurde. Bereits einigentlich Stunden vor der Wahl wurde der Redner der Opposition durch Schluß der Debatte des Reichstages abgelehnt. Herr v. Siemens erhielt 123, Prof. Bonn nur 89 Stimmen. Abgelehnt wurde sogar ein Antrag, die beiden Kandidaten auf dem Parteitag zu wählen, ebenso eine Erklärung der Delegiertenmandate. Die Gegner von Siemens erheben deshalb gegen dessen Aufstellung protestantische Proteste. Die Aufstellung des Herrn v. Siemens dürfte also noch nicht endgültig sein.

Die Hallenser Waffensunde.

Halle, 16. Februar. (Eig. Drahtber.)

Die Nachrichten über den Waffensund in Halle sind heute dahin zu ergänzen, daß die polizeilichen Untersuchungen noch nicht abgeschlossen sind. Ein amtlicher Polizeibericht wurde bisher mit Rücksicht auf die erhebliche Verdunkelungsgefahr nicht veröffentlicht. Die Ermittlungen ergaben, daß die bisher gemeldeten Teilnahmen richtig sind, daß aber die aufgedeckten Spuren über Halle hinaus bis Hamm in Westfalen führen, wo ebenfalls Waffensunde gemacht wurden. Auch in Mecklenburg sind Waffen gefunden worden. Ein hallischer Waffenhändler wurde in Haft genommen. Interessant ist, daß die sonst in rührige Pressekreise des hallischen „Staßhelm“ bisher den Mut zu absenkenden Veröffentlichungen nicht gefunden hat.

Zum Ludendorff-Prozess

Der Nationalverband Deutscher Offiziere veröffentlicht folgende Kundgebung:

Im Hinblick auf den voraussichtlich am 26. d. M. in München beginnenden Prozess gegen den General Ludendorff erklärt der N.O., daß es nach seiner Auffassung nicht der Würde des deutschen Volkes entspricht, wenn ein einziger Heerführer von dieser

Bedeutung wegen einer Handlung, zu der er sich nur aus seiner, selbst vom feindlichen Ausland anerkannten, heißen und leidenschaftlichen Vaterlandsliebe getrieben fühlte, vor die Schranken des Gerichts gezogen wird. Nur neuer Hohn und Verachtung der ganzen Welt wird ob dieses vaterländischen Trauerspiels das deutsche Volk treffen.

Eine solche Erklärung scheint vielmehr bezeichnend zu sein für die vollständige Verwirrung der Ehrbegriffe, die in gewissen Kreisen der früheren Armeeoffiziere herrschen. Für diese Leute scheint es ganz in der Ordnung zu sein, daß ein Mann wie Ludendorff das „Gold der Inbetrrepublik“ nimmt und trotzdem jahrelang Verschwörungen gegen sie anzettelt. Wenn das feindliche Ausland, auf das sich die Herren auf einmal berufen, etwas nicht anerkennt, dann gerade diese Zerstückelungsarbeit, die verbündete Panatiker, ohne Verzicht anzunehmen, in schwerster Not ihres Landes leisten. „Der Würde des deutschen Volkes“ würden diese Kreise, die den Ehrbegriff in Erbacht genommen haben, mehr dienen, wenn sie endlich ihre Umsturzpläne aufgeben und loyal am Neuaufbau mitarbeiteten.

Das Gesetz gegen die Gemeinden

Endlich liegt die so lange umfängliche dritte Steuerordnung in ihrer endgültigen Fassung vor. Sie wird unbedingt der Auseinandersetzung im Reichstag die Fixierung der Gemeinden aufs wesentlichste beeinflussen. Sie bedeutet gegenüber dem ersten Entwurf für die Gemeindefinanzen in zahllosen wichtigen Punkten eine ganz bedeutende Verschärfung. Die endgültige Fassung enthält zunächst die im ersten Entwurf bereits vorgesehene neue Belastung der Gemeinden bei der bisher geübten Veranschlagungsmethode des Reichsfinanzministeriums schon wesentlich gekürzte Satz der Einkünfte, wird vom 1. Februar auf 50 Prozent, vom 1. März auf 35 Prozent verfürzt, vom 1. April ab erledigt sich diese Einkünftequelle überhaupt. Es bleibt dabei, daß die Aufgaben der Wohlfahrtspflege, des Schul- und Bildungswezens und der Polizei den Ländern „nach Maßgabe näherer reichsrechtlicher Vorschriften zu selbständiger Regelung“ überlassen werden. Die Angelegenheiten der Verordnungen auf diesem Gebiet werden nicht wesentlich von der ursprünglichen Fassung ab. Es bleibt dabei, daß diese Belastung, deren Ausmaß trotz der Schätzung der Reichsregierung auf 400 Millionen Goldmark noch vollkommen ungenügend ist, verhältnismäßig unbedeutende Erhöhungen der Gemeindeeinnahmen aus der Neuregelung des Finanzausgleiches bei Einkommen, Körperschafts- und Umsatzsteuer gegenübersehen.

Das Kernstück der neuen Einnahmen verbleibt entgegen dem ausdrücklichen Willen der Parteien die gesetzliche Möglichkeit für die Länder, eine Mietsteuer einzuführen. Die einschlägigen Bestimmungen der Verordnung lassen klar erkennen, daß um diese Mietsteuer und ihre detaillierte Ausgestaltung, durch die ihr Charakter unter Umständen wesentlich beeinflusst, wenn nicht ganz geändert werden kann, die entscheidenden Auseinandersetzungen erst in den Ländern stattfinden müssen. Wir werden also in allen deutschen Ländern in ganz kurzer Zeit die beständigen parlamentarischen Kämpfe um die Neugestaltung des Mietwesens bekommen. Daß 10 v. H. der aufkommenden Steuererträge der Förderung der Neubautätigkeit zugewandt werden sollen, bedeutet nur eine bei der Lage auf dem Wohnungsmarkt unvermeidliche, aber deswegen doch für die bürgerlichen Parteien rechtliche Konzeption. Viel klarer als in der ersten Fassung kommt der Wunsch der Reichsregierung zum Ausdruck, diese Erhöhung der Mieten, soweit sie Ertragsmittel für die Öffentlichkeit abwirft, auf eine bestimmte Zeit zu beschränken. Als Termin ist der 31. März 1926 angegeben. Die Beschränkung soll nicht etwa erfolgen, weil man hofft, in kurzer Zeit die unzulässige Steuer durch Belastung des Besitzes zu erleiden, sondern weil man offenbar auf eine generelle Erhöhung der Mieten, auf eine Verringerung, wenn nicht gar Beseitigung des Reichsmietengesetzes, zugunsten des Hausbesitzes hinstrebt. Der Finanzminister Dr. Luther hat diese seine Auffassung mehrfach betont und in der Fassung der Verordnung finden sich die Spuren dieser Anschauung deutlich genug. Die ausdrückliche Festlegung des dem Hauswirt zur Verfügung stehenden Mietanteils auf 30 v. H. der Friedensmiete am 1. April 1924 bedeutet bereits jetzt schon eine sofortige und wesentliche Steigerung, denn in den Ländern, in denen wie in Preußen jetzt bereits 30 Prozent Miete erhoben werden, lasten auf diesen 30 Prozent bedeutende Grundsteuern, die wesentliche Einnahmequellen für Land und Gemeinden darstellen. Der Ertrag der neuen Steuerquelle ist vollkommen unsicher. Der Versuch ihrer Erhebung muß zu den schwersten Verwicklungen führen und die Gemeinden in ihrer sozialen Aufgabe aufs allerhöchste schädigen. In ganz kurzer Zeit bereits wird sich herausstellen, daß die starke Neubelastung, der die Gemeinden ausgesetzt werden, mit dieser Steuer nicht gedeckt werden kann.

Außerordentlich wichtig für die Gemeindefinanzen sind die Bestimmungen, die die Anleihen der Gemeinden im Gegensatz zu den Anleihen des Reiches und der Länder ausdrücklich besonderen Vorzügen auswirft. Offenbar soll die Aufwertungsmöglichkeit, die bei den Schuldverpflichtungen des Reiches durch die Reparationslasten eingeengt ist, bei den Gemeinden durch Zugriff auf ihr Vermögen erweitert werden. § 16 Abs. 3 bestimmt ausdrücklich, daß die oberste Landesbehörde „beim Vorliegen besonderer Verhältnisse für die Anleihe einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes“ eine von den Bestimmungen für die Reichs- und Länderanleihen abweichende Regelung treffen kann. Damit schwebt über allen deutschen Gemeinden die Drohung einer neuen, in ihrem Ausmaß nicht zu überschenden Belastung. Und diese Drohung muß selbstverständlich die finanzielle Lage der Gemeinden, die ohne jeden Kredit sind, aufs äußerste erschweren.

Ein gutes hat vielleicht der neue Finanzausgleich doch für sich. Er ist in all seinen Teilen so unzureichend und so sehr Augenblicksarbeit, er bringt so wenig endgültige und finanziell befriedigende Lösungen, daß man ihn ohne weiteres als ein Provisorium bezeichnen kann. Der wirkliche Finanzausgleich steht erst bevor. Er hängt selbstverständlich mit der möglicherweise kommenden Lösung der Reparationsfrage zusammen. Vorläufig werden die Gemeinden auf der neuen Grundlage nur von der Hand in den Mund leben können. Abbau und nicht Aufbau wird unter dem Zeichen dieser, den Stempel der Steuerlasten deutlich

an der Stirn tragenden Steuerregelung immer noch die Parole der Gemeindepolitik bleiben müssen. Erst die Erläuterung einer gerechter Verteilung der Steuerlasten und eine Heranziehung der wirklich leistungsfähigen Kreise wird auch den Gemeinden die neuen Lebensmöglichkeiten erschließen, die sie unbedingt gebrauchen.

Auch die Ertragsarten der öffentlichen Sparkassen, also in erster Linie der gemeindlichen Sparkassen werden nach den Aufwertungsbestimmungen der dritten Steuerordnung einer Aufwertung auf 15 Prozent unterzogen. Diese Bestimmung wird für die Gemeinden ebenfalls von außerordentlicher Wichtigkeit sein. Aus der Einzelbegriffen 2-11 der Steuerordnung, die diese Aufwertungsregeln regeln, geht hervor, daß für die Sparkassen damit eine ganz außerordentliche Arbeitslast verbunden sein wird. Kapitalwerte sind diejenigen Guthaben, die nicht abgehoben sind. Bis zum 1. Januar 1918 gilt der volle Nennbetrag, danach wird der Nennbetrag nach dem amtlichen Dollarkurs in einen Goldmarkbetrag umgewandelt. Der so verbleibende Goldmarkbetrag ist bis zum 31. Dezember 1924 unverändert, von da ab beträgt der Zinsfuß 2 Prozent, er steigt in jedem weiteren Jahre um 1 Prozent, bis er den Satz von 100 Prozent erreicht hat. Die Rückzahlung von 13 Prozent muß dann im Jahre 1932 erfolgen. Für Sparkassen ist vorzusehen, daß die Teilungsmasse von einem Treuhänder unter die Gläubiger verteilt wird, und daß der Verteilungsplan der Genehmigung der Landesregierung oder einer von ihr eingesetzten Stelle bedarf. Die Gläubiger werden bei ihren Forderungen insofern unterschiedlich behandelt, als Guthaben, die auf Grund gesetzlicher Zwanges zur mündelsicheren Anlage bestimmt waren, ebenso wie Einlagen von Stiftungen, Körperschaften usw., die ausschließlich gemeinnützigen, mildtätigen oder religiösen Zwecken dienen, vor den übrigen Guthaben den Vorrang erhalten. Der dadurch entstehenden Belastung städtischer Sparkassen, für die bekanntlich die Gemeinden mit ihrem Vermögenswerten, steht allerdings die Möglichkeit gegenüber, daß die Sparkassen ihrerseits die zahllosen Hypotheken, Darlehen usw., die sie selber gegeben haben, ebenfalls auf dem Wege des Aufwertungsverfahrens wieder belastet werden können. Diese Bestimmungen ergeben also, in ihrer Auswirkung einen ganzen Reihenfolge von Aufwertungsfordernungen und gegenläufigen Abrechnungen, deren volkswirtschaftlicher Wert mehr wie zweifelhaft ist. Die Gemeinden werden jedenfalls gezwungen sein, sich sobald wie möglich die Unterlagen zu beschaffen, aus denen sie einen Überblick über diese neue Belastung ihrer Vermögensschulden gewinnen können.

Die Reichsbankkredite.

Im Reichsbankausweis vom 7. 2. 1924 kommt immer noch das kurze Tempo in der Kreditpolitik der Bank zum Ausdruck. Die Bank mußte aus dem ihr von der Rentenbank zur Verfügung gestellten Guthaben abermals 50 Millionen Rentenmark in Anspruch nehmen, um den Geldbedarf der privaten Wirtschaft zu befriedigen. Dadurch vermehrte sich die Schuld bei der Rentenbank auf 250 Millionen. Wenn man in Betracht zieht, daß durch das Reich dem Verkehr ungefähr 208 Millionen durch Verkauf von Rentenmarktschuldscheinen bereits am 10. Februar 1924 zur Verfügung gestellt wurden, so ergibt sich durch Verkauf von Rentenmarktschuldscheinen und Inanspruchnahme von Rentenmarktkrediten

Devisen-Kurse.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	18. Februar	16. Februar.
	(In Millionen)	
Amslerdam	1 fl. 1568 075	1571 063
Buenos Aires	1 Peso 14 8470	1404 480
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr. 155 610	161 595
Kristiania	1 Kr. 550 820	564 595
Kopenhagen	1 Kr. 658 350	664 335
Stockholm	1 Kr. 1098 280	1097 250
Helsingfors	1 Finn. Mk. 105 735	105 735
Rom	1 Lire 189 540	184 538
London	1 £ 17 955 000	18 054 750
Neuyork	1 Dollar 4 189 500	4 189 500
Paris	1 Frs. 189 525	189 525
Zürich	1 Frs. 730 170	730 170
Madrid	1 Peseta 582 665	586 655
Portugal	1 Escudo 124 687	124 687
Japan	1 Yen 1 905 225	1 895 250
Rio de Janeiro	1 Milreis 498 750	498 750
Wien	1 Kr. 59 351	59 351
Prag	1 Kr. 121 695	121 695
Jugoslawien	1 Dinar 57 855	58 865
Rudapest	1 Kr. 147 630	147 630
Bulgarien	1 Lewa 32 418	31 670

durch die Reichsbank eine Ergänzung zu den eigentlichen Rentenmarkemissionen von fast einer halben Milliarde. Vorläufig will das alles für die Stabilität unseres Wechselkurses nichts bedeuten. Jedoch muß die Entwicklung immerhin eine ernste Maßnahme sein, haushälterisch mit der Kreditgewährung zu verfahren. Die von der Reichsbank gewährten Kredite, die am 7. Februar 1924 rund 1165,1 Millionen betragen, steigerten sich, in Goldmillionen, in der

3. Januar-Woche	4. Januar-Woche	1. Februar-Woche
+ 159,7	+ 129,4	+ 74

Das Anwachsen der Kapitalanlage zeigt also gegenüber den Januarwochen eine Reduzierung, die in Zukunft noch schärfer zum Ausdruck kommen können wird, weil schließlich ein Teil der Reichsbankkredite, wie die Notizen am Devisenmarkt zeigten, nicht in die richtige Hand gelangt sind.

Die fremden Gelder verminderten sich abermals um 10 Goldmillionen. Dagegen erfuhr der Notenumlauf eine nicht unbedeutende Erhöhung. Die Veränderungen gehen aus folgender Tabelle hervor:

15. 1.	23. 1.	31. 1.	7. 2.
- 12,2	- 21,3	+ 22,4	+ 36,8 Goldmillionen.

Er betrug am 7. 2. rund 320 487 965 Papiermillionen. Der Goldbestand blieb unverändert.

Sie möchten den Belagerungszustand verewigen.

SPD. Dresden, 16. Februar. (Eig. Drahtber.) In Sachsen ist ein Proteststurm gegen die Aufhebung des Belagerungszustandes losgebrochen. Der Verband Sächsischer Industrieller, der Sächsische Landbund, die Landpartraktion der Deutschen Volkspartei, der Landesauschuh der Deutschnationalen Volkspartei, der Landesauschuh für das sächsische Handwerk und andere Gruppen haben gegen die Aufhebung des Belagerungszustandes bei der Reichsregierung Einspruch erhoben. Es wird insbesondere geltend gemacht, daß die Umbildung der sächsischen Landespolizei noch nicht vollendet und damit eine ausreichende Sicherheit besonders für die kleinen Orte des Landes noch nicht gewährleistet sei. Infolgedessen wird auch von bürgerlicher Seite die Anschauung vertreten, daß es noch keineswegs scitsteht, daß der Belagerungszustand auch für Sachsen schon am 1. März aufgehoben wird. Die Kommunisten haben sich, wie die Kundgebungen aus dem Lande ergeben, redlich Mühe gegeben, den Freunden des Ausnahmezustandes Material zu liefern. Die Tatsache, daß die Kreise, die von der Aufhebung des Ausnahmezustandes nichts wissen wollen, die Möglichkeit haben, auf Ruheörungen in Sachsen zu verweisen, ist, wie scifährlich das skrupellose Treiben der kommunistischen Unruhestifter für die Arbeiterklasse ist.

Der Regierungskommissar beim Wehrkreiskommando 4, Reichstagsabgeordneter Meier, hat auf Grund der Protestmeldungen, daß der Belagerungszustand am 1. März aufgehoben wird, an den Reichswehrminister ein Schreiben gerichtet, in dem er sucht wird, ihn im Laufe dieses Monats von seinem Posten, den er in nahezu fünfmonatiger Tätigkeit unter den schwierigsten Verhältnissen inne hatte, zu entheben.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freisinn, Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inzerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Lübecker Volksbote.

Hiermit bestelle ich den „Lübecker Volksboten“ zum Preise von wöchentlich 45 Pfg. zur freien Zustellung ins Haus.

Name: _____

Wohnung: _____

Gelenkhof.

Novelle von Theodor Storm.

7. Fortsetzung.

Herr Hennide, der auf der Heimreise war, ließ bei dem Gedanken seinen Gaul in Sprüngen tanzen — nun sollte es ihm bald nicht mehr entfallen können! Frau Benedictes Junge war in den letzten Jahren immer schärfer und spitziger geworden; das Schlüsselbund zu Kammer und Keller hielt sie so fest in ihren mageren Fingern, daß selbst Herr Hennide es ihr nicht zu entreißen wagte; aber auch ihre Wadentöcher traten ihm hervor, der Strom ihrer Rede wurde oft durch dumpfes Hüßeln unterbrochen, und es schien unvermeidlich, daß zum nächsten Frühjahr nur noch ein gespinnnter Nachschuß ihres wirtschaftlichen Walfens auf Trepp und Gängen das Gekinde schreden werde. Herr Hennide aber sah daraus das Kränlein „Hoffnung“ grünen; er wollte dann das Kind, das einzige, das ihm im Sinne lag, nach Recht und Ordnung zu dem seinen machen; mit ihr allein wollte er dann auf seinem neuen Eigen kaufen, und später sollte sie seine Erbbin sein; die beiden Kühe mochten sich auf ihrem mittlerlichen Gute nähren. Schon jetzt hatte er wegen des erforderlichen Gnadenbrieves bei des Herzogs Kanzler vorgefragt und auch hierüber, wie er meinte, für den eintretenden Fall einen guten Zuspruch mitbekommen.

Auf halbem Wege war Herr Hennide bei einem Nachbar zum zweiten Morgenimbil eingelehrt. „Was bringst du, Henne?“ frag ihn dieser; „ein schwarzes Antlitz leuchtet wie die gute Zeit!“ und dabei schenkte er ihm von neuem in das weite Glas. Herr Hennide trank; aber er war nicht der Mann, seine Gedanken beim Weine zu veratzen. Er wollte freilich plaudern, aber anderswo.

Fröhlich nidend schwang er sich in den Sattel; und immer kneller ging der Reit, vorüber an Frau Benedictes Haus, dann auf der Straße fort nach Gelenkhof. Als er an die schmale Holzbrücke kam, schaute das Pferd und wollte nicht mehr vorwärts; aber der Reiter drückte ihm die schärigen Sporen in die Weichen, daß es mit donnerndem Hüßel über die Brücke ging; oben aus den Eichenwipfeln lag krächzend eine Schar von schwarzen Krähen. Die seit Junter Delleus Fortgang dort Besitz genommen hatten.

Nur mit Mühe brachte Herr Hennide sein Pferd zum Stehen; dann rief er: „Heilwig! Heilwig!“ nach dem Hause zu. Und als sie kam und zögernd näher trat, ergriff er ihre Hand und zog das erschrockene Mädchen hart bis an die Hüften seines unruhig stampfenden Pferdes. Seine schwarzen Augen glänzten in dem weiten Wein und wilden Hoffnungen getriebenen Antlitz, und während sie wie betäubt zu ihm emporlief, überhäufte er sie mit dunkeln

und verworrenen Andeutungen seiner Zukunftsträume. „Geduld nur, Heilwig!“ rief er. „Nicht mehr im Unterbau; da drohen in den großen Stuben sollte du wohnen; die Toten kommen nicht wieder; aber die dunklen Bilder sollen fort; ich will die begrabenen Augen nicht mehr um mich haben.“ Dann plötzlich rief er das Pferd herum und jagte fort, so wie er eben erst gekommen war.

Eine Weile starrte ihm das schlanke Mädchen nach; dann floh sie ins Haus zurück und warf sich weinend zu den Füßen der halbblinden Greisin. Nur eines aus den wüsten Reden ihres Vaters hatte sie herausgehört; ihr war, als habe er ihr Junter Delleus Tod verstanden wollen.

Aber die Großmutter strich ihr die schwarzen Locken von der Stirn. „Sei ruhig, Heilwig!“ sprach sie; „der Stieglitz hat noch nicht geflogen!“

Und als Heilwig meinte: „Großmutter, hier sitzen keine Vögel mehr; die schwarzen Krähen haben sie alle ja zerissen.“ Da erhob die Greisin ihren Finger, als wolle sie oben nach dem Saale weisen: „Den einen nicht, Heilwig, den einen nicht; der ist kein Junter für die Krähen!“

Nicht lange danach, an einem Sonntag nachmittag, als eben Frau Benedictie ein selbstgebrautes Kräutertränkelein zum Kühen in das offene Fenster stellte, ist auf dem Hofe dort ein Reiter von einem Scheden abgetiegen. Er ist noch jung gewesen, aber in einer Tracht, wie man sie einige Jahre früher, da die Partier Moden noch nicht die Herrschaft gewonnen hatten, in Hamburg oder Lübeck an den vornehmeren Kaufherren hatte sehen können; die aber auswärts in den deutschen Handelsstädten auch derzeit noch im Schwange sein mochte. Der volle blonde Bart lag lang herab auf einen dunkeln mit Warberpelz verbrämten Mantel, an welchem das Halsstück von weißem Linnen mit goldener Spanne festgeheftet war; dagegen erschien unter dem breiten Rand des Hutes das Haupthaar so kurz geschoren, wie es nur immer Frau Benedictie einst dem kleinen Junter Delleus zugebacht haben mochte.

Als er sein Pferd einem herbeigerufenen Jungen übergeben hatte und nun die Freitreppe zum Hause hinaufschritt, wurden in einem Leibgurt unter keinem Mantel ein paar Pistolen sichtbar, deren Schläffer nach der neuesten Erfindung und außerdem von besonders kunstvoller Arbeit zu sehen schienen.

In höflichen, aber knappen Worten fragte er die auf dem Hofe ihm entgegengetretene Schloßfrau nach ihrem Ehemann und wurde von dieser, während ihre Augen eine behende Musterung an ihm vollzogen, in das Oberhaus verwiesen. Er drohen, in einem sonst nicht benutzten Zimmer, lag Herr Hennide schon seit dem frühen Morgen rechnend und vergleichend über den alten Papieren von Gelenkhof; in der einen Hand die Feder, in der anderen den großen keltisch geformten Doppelschläffel, der dort alle Türen öffnete und schloß. Eben rügte er

den Kopf, um von der ungewohnten Arbeit auszuruhen, und hatte mit heiterem Antlitz in den edlen Raum, der außer ein paar wurmförmigen Archivolten keine Ausstattung an den gerundeten Wänden aufzuweisen hatte. In seinen Gedanken mochte er zwei Gräber vor sich sehen; auf dem schwarzen Leichenstein des einen eine höhere Frauengestalt mit festgeschlossenen Händen und darüber den Namen „Benedictie“ eingemeißelt; das andere ohne Namen, fern überm Ozean, unfindbar vor fremden Krant und Rant; in überwucher. Da pochte es an die Tür, und als er aufstehend das Willkommenswort gerufen hatte, trat der Fremde zu ihm ein.

Frau Benedictie war unten an dem Treppenaufstieg stehen geblieben; aber sie mühte sich vergebens zu erhörden, was droben hinter der dicht verschlossenen Tür verhandelt wurde. Einmal freilich war ein Geräusch, als würde ein schwerer Stuhl erschüttert, wie wenn etwa die Lehne von unsicherer Hand umklammert würde. Danach aber vernahm sie nur den ruhigen Laut einer jungen Stimme, welcher die düstere ihres Ehemanns zu antworten schien. Schon war sie des verächtlichen Hochens müde, da wurde droben die Tür geöffnet, und sie hörte den jungen Kaufherren, während er hinaus trat, sagen: „Brüder nur. Ihr werdet alle Schriften und Sätze richtig finden; vor allem aber bedenkt, wenn ich morgen wiederkehrt, daß Ihr mit keinem Fremden unterhandeln sollt!“

Ein Sultananfall, den sie vergebens zu erlösen suchte, trieb Frau Benedictie von ihrem Posten; der Reiter aber, der schon gegen die Treppe geschritten war, zu welcher der Hausherr ihn nicht geleitet hatte, ging jetzt rasch hinab und unten über den Hausflur nach dem Hof hinaus. Als ein Windhauch seinen Mantel blähte, waren darunter in dem Leibgurt die kostbaren Pistolen nicht mehr sichtbar; irgend etwas, lei es ein beständendes Verhältnis oder ein ernst Gekochenes, mochte ihn veranlaßt haben, dieselben bei seiner Verhandlung mit dem Gutsherrn abzugeben und auch später nicht gewissen Schriften dort zu lassen. Seine Gedanken wie sein Pferd führten ihn nach einem alten, einlamen Hause; vielleicht auch, daß er nach den eben verlaufenen Kriegsjahren die dort wohnenden Frauen zu erschrecken fürchtete, wenn er in Waffen zu ihnen eintraue.

Herr Hennide aber in seinem Archiozimmer sah noch mit stumpfen Blicken auf die zurückgelassenen Papiere als sich von draußen die Stiege herauf Frau Benedictes Hüßeln hörte. Sie hatte vom Fenster aus dem Fremden nachgesehen, sie hatte ihn im Hofe sein schädiges Kopf beiseiten und dann durch das Torhaus auf die Heerstraße hinausreiten sehen; aber des Mannes Antlitz und Gewandung war ihr unbekannt geblieben. Nun trat sie atemlos zu ihrem Ehemann in die Stube. „Rechnest du noch immer um dein neues Erbgut?“ fragte sie scharf.

(Fortsetzung folgt.)

Die außergewöhnlich billigen Angebote
und sehenswerte Innendekoration
über.



steigen alles auf
diesem Gebiete bisher gebotene

Rudolph Karstadt
Aktien-Gesellschaft

Um unehrenhaften Behauptungen entgegenzutreten, erklären wir hiermit, daß der Gewerkschafts-Sekretär Lewe nicht unserer Gewerkschaft angehört.
Der Vorstand des Ortsvereins Lübeck I Gewerkschaft der Metallarbeiter D. R. (12261)

Inserate
sind nur
an unsere
Geschäftsstelle
anzuliefern oder an
diese zu richten.

Zierhaare
(bei Schweinchaare,
laufen höchstehend
Gebr. Wagner
Lübeck 614, 12245
Dannewerkestraße 26
Hofstraße 8.

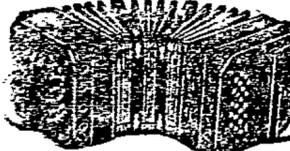
Allerfeinste
Dänische Margarine
Marke „MOENSTED“
im Geschmack von Meiereibutter fast
nicht zu unterscheiden, dabei im Preis
weit über die Hälfte billiger.

General-Vertreter: (12266)
Kurt Sparkuhl, Breite Straße 25, I,
Fernsprecher 8645.

Zentralheizkoks . . .	M. 2.90
Eiform-Briketts . . .	M. 2.30
„Ilse“-Briketts . . .	M. 1.65

per Zentner frei Haus. (12262)
Größere Quanten entsprechend billiger.
Fernruf 1623. **J. Roks & Co.,**
Walfahrtsinsel.

**Göricke-
Fahrräder**
in
erstklassiger Ausführung
und solider Preislage
empfiehlt 12267
Th. Vedder
Schwartauer Allee 37. Tel. 1884.


Konzertina-
Klub
„Lübeck“.
Sonnabend, den 23. Februar 1924:

Großer Ball
im „Gewerkschaftshaus“.
Anfang 7 Uhr. (12265) Anfang 7 Uhr.
Kolosseum
Morgen Mittwoch: 12247
Gr. Ball.
Anfang 5 1/2 Uhr. Joh. und R. Mittag.

Sichtspiele Brauerei Zadenburg.
Dienstag, den 19. Februar.
Wildnis - Raubtier - Großm
in 6 spannenden Akten. (12266)
Außerdem das große Beiprogramm!

Deutscher Verkehrsband.
Ortsverwaltung Lübeck
12287

Versammlung
der Kaufmanns-
und Weinarbeiter
am Donnerstag, 21. Febr.
abends 7 1/2 Uhr.
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Wahlen.
2. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.


Friedrich-
Franz-
Halle.
Gr. Benefizball
d. beliebten Hauskapelle
am Sonnabend, 23. Febr.
Anf. 7 Uhr. Entr. 50 A
Dazu laden ein (12264)
Die Kapelle u. der Wirt

Hania-Theater.
Nur noch **3** Aufführungen
Dienstag, Mittwoch,
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Der große Erfolg
„Dolly“.
mit Herta Witt in der
Titelrolle. Reinhold Wolf
und Henry Van in ihren
utensidlichen Rollen.
(12.74)

Stadttheater Lübeck.
Mittwoch, 7.30 Uhr:
Bürger Schippel.
Donnerstag, 7.30 Uhr:
Sibelfa. (12266)

Gas cbm 21 Goldpf., Lichtstrom khw 65, Kraft-
strom 30, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit
Lettung 20, ohne Lettung 10 Goldpf. (12263)

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 19. Februar.

Gebot.

Hör mein Gebot! D lasse vom Brot,
Das du gepest, auf dem Tisch einen Bissen!
Vielleicht mit dem Nisse hast du der Not,
Dem Tod ein hungerndes Kind entrisen!

Lah einen Zug vom Trank im Krug,
Den sonst du verschüttest, den Boden zu nehen!
Vielleicht ist die Reige gerade genug,
Eines Verschmachten Lippe zu lehen!

Emil Claar.

Der Rundfunk.

Bei einer Besichtigung des Reichshauses durch die Berliner Presse machte Staatssekretär Dr. Ing. Erdow über den weiteren Ausbau des deutschen Unterhaltungsfunkts einige Mitteilungen, die von allgemeinem Interesse sind. Er teilte mit, daß die technischen Verbesserungen am Berliner Sender in letzter Zeit so große Fortschritte gemacht hätten, daß demnächst mit der unmittelbaren Übertragung von Konzerten der Philharmonie und Opern begonnen werden soll. Für Berlin ist ein starker Sender mit großer Antenne im Bau und gleichzeitig wird eifrig an den Sendern für München, Stuttgart, Frankfurt (Main), Leipzig, Breslau, Hamburg und Königsberg gebaut, so daß bald in allen Gegenden Deutschlands die Darbietungen zu hören sein werden. Die Zukunft des Rundfunks ist in erster Linie davon abhängig, daß dem Publikum stets etwas Neues und Besseres geboten wird, d. h. für das Sendegeschäft müssen immer größere Mittel aufgewendet werden. Deshalb ist der deutsche Rundfunk auf dem Grundsatze von Leistung und Gegenleistung aufgebaut und eine straffe Organisation durchgeführt worden. Die Teilnehmer sollen für das Gebotene zahlen, und es muß nach Möglichkeit verhindert werden, daß die Empfänger Schwindeleien ausüben und andere Zuhörer durch pfeifende und heulende Töne in ihrem Genuß stören, wie es manche Geheimanlagen in Deutschland leider tun. Mehr als hundert Fabriken mit mehreren tausend Arbeitern sind mit dem Bau von Empfängern beschäftigt. Ununterbrochen hört man von Neugründungen. Dieses Gründungsfeber hat jedoch auch verschiedene bedenkliche Seiten, da eines Tages ein gewisser Stillstand eintreten muß, der in Amerika vielen Firmen verhängnisvoll geworden ist. Die Auswirkungen des Rundfunks in kultureller, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht sind vorläufig noch gar nicht zu übersehen, besonders für das Nachsehen wird er mit der Zeit große Bedeutung gewinnen. Das Reichspostministerium hat die Führung auf diesem Gebiete übernommen, weil bei der Eigenart der Funktechnik ein Nebeneinanderarbeiten vieler Sender nur unter zentraler Betriebsleitung technisch und wirtschaftlich möglich ist und weil ohnehin schon eine geeignete Organisation für den Betrieb der zahlreichen Reichsfunktsender vorhanden war.

Puppenausstellung im Schabbelhaus.

Eine vollständig äußerst interessante Sammlung von Puppen aus allen Weltteilen wird gegenwärtig in den ständigen Ausstellungsräumen der Oberbürgerlichkeit im Schabbelhaus gezeigt. Zahlreiche Forscher und Sammlerarbeitern reichhaltiges und gediegenes Material zusammen. Der Leiter dieser Ausstellung selbst, Herr Konieko-Hambro, bereiste im Auftrage verschiedener deutscher Museen Zentralafrika und den Bostan. Auf Grund seiner ethnographischen Studien konnte Herr Konieko am Sonntag auch die notwendigen Erklärungen für die Sammlung geben. Er betonte, daß es nicht leicht sei, bei den verschiedenen fremden Völkern Puppen zu erhalten, weil stets die Frage auf dem Munde liege, zu welchem Zweck man die Puppen haben wolle. Denn ursprünglich sei die Puppe als Zauberinstrument verwendet worden und werde es zum Teil heute noch. Um Puppen zu erhalten, müsse man zuerst das Vertrauen der Stämme erwerben. So sei es z. B. in dem weitverzweigten Gebiet der Südpole nur gelungen, fünf Eislarven zu bekommen, während deren mindestens 20 vorhanden seien. Puppen sind fast bei allen Völkern der Welt zu finden. Die ältesten Völker Neopolen und Mexikos kannten die Puppe. In Deutschland sind bis ins 13. Jahrhundert zu verfolgen. Formen, Material und Kostüme schließen immer auf den Verfertiger. Interesse und in die Puppen lebend war diese Tatsache in der Sammlung zu betrachten. So bei den Eskimos, wo Treibholz, Waltraaköhne und Pelze den Stoff hergeben. Bei den Prärieindianern Zentralamerikas und den Bushmännern Südafrikas gibt das Leder das Material her usw. Bemerkenswert ist, daß die primitiven Völker keine Metallarbeit der Anfertigung ihrer Puppen kennen, sondern daß diese in ihrem Wohnbereich mit Ausnahme der Korbmacherei stets ein und denselben Typ erzeugen. Ob die Puppen z. B. bei den westafrikanischen Stämmen ursprünglich nur Kinderspielzeug oder Zauberinstrument waren und noch sind, ist heute eine ungelöste Frage. Bei einigen westafrikanischen Stämmen tragen die Mädchen ihre Puppen als Fruchtbarkeitszauber bis zur ersten Geburt im Morden. In Mexiko sind sie, an den Reinkost geknüpft, ein Mittel gegen den bösen Blick anderer. Verschiedenen Puppen der Naturvölker selbst werden Amulette umgehängt. So verbindet sich ein buntes und wunderwirkendes Bild mit dem beliebtesten Spielzeug der Kinder.

Die Ausstellung selbst lehrt besser als alle Beschreibung, wie die verschiedenen Völker das Puppenpiel werten und behandeln. Aus Deutschland sind nördliche Typen aus der Emsmündung und Niedermeierzeit mit schönen Porzellanpuppen ausgehellt, dann weiter Bauernpuppen und sog. Wollknäuelpuppen aus Mecklenburg. Eine interessante Sammlung bieten ferner die Puppen aus den nördlichen Staaten. Bis hinauf in die arktischen Regionen der Samojeden, Lappen, Eskimo. Zentralamerika liefert gutes Material, vor allem aber Japan, China und Indien.

Wer sich einmal ein anschauliches Bild über die Puppengeschichte machen will, muß sich diese Ausstellung, zu der auch das hiesige Museum beigetragen hat, ansehen. Am nächsten Sonntag findet noch einmal eine Führung mit erläuternden Erklärungen statt.

Lübecker Geschäftsverkehr im Januar.

Die in der dritten Dezemberwoche einsetzende und den ganzen Januar anhaltende Frostperiode war der Schifffahrt sehr hinderlich. Der Geschäftsverkehr war infolgedessen im Januar sehr gering. Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Landesamtes sind nur 61 Dampfer mit 21 998 Reg.-Tons und 2 Segler mit 135 Reg.-Tons angekommen und 60 Dampfer mit 21 205 Reg.-Tons und 2 Segler mit 198 Reg.-Tons abgegangen. Der Gesamt-Schiffsverkehr belief sich also nur auf 125 Handelsschiffe mit einem Netto-Raumgehalt von 43 536 Reg.-Tons gegen 303 mit 58 617 im Januar vorigen Jahres. Beladen waren einmündend 52 Schiffe mit 18 921 Reg.-Tons und ausgehend 42 mit 10 648.

Zusammenbruch der Berufsbildung?

Ein Mahnruf gegen den Abbau der Berufsschulen.

Unsere gesamte Jugend geht einer Zukunft entgegen, die sorgenlos, freudlos und entbehrungsreich ist. Denn die ungeheure Armut und Verelendung, mit der die große Masse des Volkes zu ringen hat, trifft die heranwachsende Jugend wohl am härtesten. Und es besteht nun die furchtbare Gefahr, daß die dauernd ankaltende drückende Not mit dazu beiträgt, den gerade im jugendlichen vorhandenen Trieb und Willen zum Vorwärtstreben zu lähmen oder gar zu zerbrechen. Denn wenn die Jugend daheim im eigenen Hause nur Klagen und Seufzer der Armut hört, auf allen Arbeitsstätten des Wirtschaftslebens die Zahl der Erwerbslosen täglich wachsen sieht, die Folgen der allgemeinen Not unmittelbar am eigenen Körper miterleben und spüren muß und in diesem, für sie völlig unfaßbaren Entwicklungsprozess von Volk und Wirtschaft sich noch meistens völlig selbst überlassen bleibt, der Stütze entbehrt, des Führers ermangelt, dann führt für sie die äußere Not des Lebens in vielen Fällen auch zu einer inneren seelischen Not, zu geistiger Erschlaffung und sittlicher Stumpfheit und nur wenige von den vielen versuchen sich mit Erfolg dem traurigen Schicksal durch Standhaftigkeit und Ueberwindung entgegenstemmen. In Armut, Not und Elend bedarf daher ohne Frage die Jugend und besonders die der arbeitenden Klasse weit mehr als in guten Tagen des erzieherischen Beistandes, um später der rauhen Wirklichkeit des Lebens nicht zum Opfer zu fallen. Dieses gilt nun ganz besonders für die Jugend in der Zeit des Reifealters, da sie sich alsdann im allgemeinen in der Berufsbildung befindet und hier noch oftmals leider eine tiefe Lücke im Bildungswesen laßt. Was an dem einzelnen wie der Gesamtheit aber während dieses Lebensabschnittes gefehlt und unterlassen wird, wird sich in späteren Tagen ohne Frage schwer rächen. Denn die Jugend von heute ist das Volk von morgen und der Träger der deutschen Zukunftshoffnung.

Seit etwa einem Jahrzehnt befinden sich unsere Berufsschulen und mit ihnen noch sehr viele andere kulturelle und wirtschaftsfördernde Einrichtungen in schwerer Bedrängnis. Wohl zeigte sich in dieser Zeit hier und da einige Lichtblicke und neue heilsame Hoffnungen wurden geweckt. Aber sehr vieles erwies sich als trügerisches Blendwerk. Vor allen Dingen ließ die chronische Finanznot viele erfolgreiche Ansätze gar nicht erst aufkommen. Und nun soll gar mit harter Faust des Gesetzes in unter eigenem Kultur- und Bildungsleben eingegriffen werden, soll auch bei den Berufsschulen abgebaut werden, um den Staatshaushalt, d. h. Aufwand und Einnahme der Gemeinschaften in Ordnung und ins Gleichgewicht bringen zu können. Trotzdem sich eigentlich jeder denkende Mensch darüber klar ist, daß im Gegenteil der Wiederaufbau und Ausbau der Berufsschulen ein wesentliches, bedeutungsvolles Mittel ist, um wirtschaftlich wieder aufwärts zu kommen. Aber: Abbau ist heute der Kampfruf, das Schlagwort geworden, mit der die maßgebenden Kreise die finanzielle Not des Reiches und der Länder zu bannen suchen. Es ist nun freilich kein Zweifel, die heutige Zeit erfordert harte Maßnahmen! Wir alle müssen in dieser Zwangslage vieles auf uns nehmen, was von manchem sehr unangenehm an eigenem Leibe gespürt wird und wehe tut. Wir wollen uns in diesem Rahmen nicht in kritische Betrachtungen darüber einlassen, wo die Hauptschuld an der Trostlosigkeit unserer heutigen wirtschaftlichen und politischen Lage liegt. Wohl aber haben wir auf alle Fälle die unbedingte Pflicht, uns dagegen zu wenden, daß sie für alle Zukunft noch hoffnungsloser für das kommende Geschlecht wird. Und es erscheint daher dringend notwendig, daß allmählich eine reifliche Aufklärung der breiten Öffentlichkeit über die großen Gefahren einer falschen Sparpolitik erfolgt.

Berufsschulen, Kultur und Wirtschaft sind auf Gedeih und Verderben innigst miteinander verbunden, und die Krisenzeit und Nachkriegszeit hat diesen engen Banden zerbrochen. Und gerade die Berufsschulen sind doppelt gefährdet. Denn sie haben noch nicht, wie die anderen Schularten, eine lange Entwicklung hinter sich, sondern sind ein Kind der jüngsten Zeit. Die Berufsschulen sind auch heute noch in

der Entwicklung begriffen, sie besitzen daher noch keine Ehrfurcht verlangende Tradition. Es treten demgemäß auch die inneren Hemmungen, hier einen scharfen Einschnitt zu machen und den Abbau besonders kräftig einleiten zu lassen, noch nicht besonders stark hervor. Leider müssen wir nun feststellen, daß in der breiten Öffentlichkeit noch wenig Verständnis bisher dafür vorhanden war, daß besonders die Berufsschulen es sind, die der heranwachsenden Generation erwerbstätiger Staatsbürger das theoretische Rüst- und Handwerkszeug liefern, um in dem Kampf für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg sich erfolgreich betätigen zu können. Denn wollen wir alle daran mitarbeiten, um unsere Wirtschaft wieder hoch zu erheben, so dürfen wir auf keinen Fall die Ausbildung des Nachwuchses vernachlässigen und verkümmern lassen. Und es ist zu bedauern, daß selbst in den Kreisen der gewerblichen und industriellen Arbeitgeber sich nicht geringe Teile finden, die den Geist und die Erfordernisse der neuen Zeit noch nicht in ihrem innersten Wesen erkannt haben, die kurzfristig genug sind, um eines scheinbaren augenblicklichen Vorteils wegen, es lieber heute als morgen leben würden, daß der Berufsschulzwang wieder rückgängig gemacht und die Tageschule der Lehrlinge wieder abgebaut würde. Sie begründen es damit, daß ihnen ihre Lehrlinge alsdann wieder für die gesamte Arbeitszeit zur Verfügung stehen und zugleich die Gesamtheit des Volkes auch noch die Gelder spare für die Unterhaltung der Berufsschulen sparen heißt nun aber nicht einfach weniger ausgeben, sondern wirtschaftlich haushalten, die gesteckten und als notwendig erkannten Ziele mit möglichst geringen Mitteln erreichen. Denn überlegen wir, die Ausgaben für die berufliche Erziehung sind werbende Betriebsmittel, die das Einkommen des ganzen Volkes erhöhen. Dabei müssen wir uns natürlich hinsichtlich der Berufsschule von der Vorstellung endlich frei machen, daß an diesen Stellen nur ein lästiger, zum mindesten entbehrlicher Wiederholungsunterricht früherer Zeiten getrieben werde, der nur dazu diene, um der in Frage kommenden männlichen und weiblichen Jugend die volkswirtschaftlich so notwendige Arbeitszeit für ihre Ausbildung zu kürzen, oder die besser für körperliche Erleichterung zu verwendende Freizeit einzuschränken. Wir wollen keineswegs nur so egoistisch sein, und meinen, daß alles andere eher zugrunde gehen dürfe, nur nicht die Berufsschulen. Aber in diesem Zusammenhang dürfen wir wohl auf eine Entscheidung des Reichsgerichts vom Jahre 1922 hinweisen, die dem Sinne nach ausführt, daß die Berufsschulen gegenwärtig eine Aufgabe zu erfüllen haben, die außerordentlich hoch einschlagen ist. Es gibt nur einen Weg, auf dem wir die heutige Not überwinden können. Das ist der Weg der treuen und erfolgreichen Arbeit. Erfolgreich kann sie aber nur sein, wenn sie sich als Qualitätsarbeit darstellt und sich auf dem Weltmarkt als überlegen erweist. Die Möglichkeit, diese Arbeit zu schaffen, bieten die Berufsschulen und sind deshalb unbedingt erforderlich. Ihnen ist die theoretische Ausbildung der gewerblichen und kaufmännischen Jugend anvertraut. So war auch die Meinung an maßgebenden Stellen vor nicht gar zu langer Zeit und jetzt? —

Deshalb müssen wir unsere ganze Kraft einlehen, um alle Hindernisse zu beseitigen, die bestrahlt sind, die Berufsschule in ihrem Wirkungsbereich einzunengen. Und es muß die einmütige Forderung des Tages sein: Vermehrung und Ausbau der Berufsschulen! Es ist schon so, wie die allgemeine Deutsche Lehrerschaft kürzlich schrieb: „Jetzt handelt es sich nicht mehr darum, daß der einzelne in ruhiger Billigkeit seinen Dienst tut, er könnte sich sonst eines Tages vor der Tür seiner Schule wiederfinden, die ihm aber von nun an verschlossen bleibt. Dann käme das Erwachen, aber es käme zu spät.“ Wir müssen also unbedingt zum Schluß zu dem Ergebnis kommen, daß unter keiner Bedingung ein Abbau der Berufsschulen stattfinden darf, da diese in erster Linie dazu dienen müssen, um durch geistige, sittliche und berufliche Durchbildung unserer Jugend, dem Volke und der Wirtschaft einen Wiederaufstieg zu ermöglichen und gesunde Lebensbedingungen zu schaffen. Sch.

Die Ausnutzung des Schiffsraums war gegenüber dem Vorjahre in der Einfuhr bedeutend stärker, in der Ausfuhr dagegen geringer. Einmündend waren nämlich 855 (699) Proz. und ausgehend 49,7 (63,6) Proz. des Raumgehalts beladen. Die deutsche Flotte war durch 76 und die fremde durch 49 Schiffe vertreten, hiervon führten 22 die schwedische, 23 die finnische und 8 die dänische. Von den ausgehenden Schiffen standen 13 mit 5689 Reg.-Tons im Verkehr mit deutschen Küstenplätzen, 15 mit 5090 verkehrten mit Finnland, 29 mit 9994 mit Schweden, 11 mit 6194 mit Norwegen, 21 mit 3490 mit Dänemark und 17 mit 11247 mit England. Der Güterumschlag betrug 38 133 Tonnen, wovon 26 688 (1923: 18 604) auf die Einfuhr und 11 447 (29 094) auf die Ausfuhr entfielen. Die vorjährige Einfuhrmenge wurde also trotz des geringeren Schiffsverkehrs um 8084 übertraffen; Ursache war vor allem die größere Kohleneinfuhr aus England, die 15 272 gegen 4305 Tonnen im Vorjahre betrug, aber auch die Erleichterung über die mit 7698 die vorjährige um rund 900 Tonnen. Säge gelangten mit 1918 und andere chemische Erzeugnisse mit 1387 Tonnen zur Verladung.

Die Militärrenten werden erst 27. Februar ausbezahlt, nicht wie gemeldet am 26.

Reife Woche bei Karstadt. In der heutigen Zeit allgemeiner Gedrängtheit müssen unternehmungslustige Geschäftsleute schauen, den Umsatz zu steigern und so mit geringerem Nutzen den Schaden auszugleichen, den die mindere Kaufkraft der Bevölkerung unweigerlich mit sich bringt. Ein Mittel zur Anziehung des Publikums bietet geschickte Aufmachung und Klamme. Großzügigkeit muß hier vor allem herrschen. Sie ist täglich zu sehen in den Schaufensterauslagen des Kaufhauses Karstadt, die stets mit ausserordentlichem Geschmack durchzogen sind. Eigenartig prägnant alles in Weiß. Was sich Mädchen und Frauen nur wünschen können, es ist alles recht einladend — vom spitzenbelegten Hemdchen und Unterrockchen bis zum lieblich duftenden Sommerkleid. Auch für die Herrenwelt ist reiche Auswahl vorhanden. In den großen Verkaufsräumen aber erit prangt alles in blendendem Weiß. Man drapierte z. B. die hohen Lichtböje stützenden Säulen mit Weiß und verbande dazu etwa 20 000 Tausendfüßler. Ein zarles Lila bringt reizende Abwechslung und läßt den Grundton um so schöner hervortreten. Außerdem wur-

den Lichteffekte vorzüglich anreicht. In die Augen lebend sind auch auf leichten Säulen ruhende Minorets. Auf den Verkaufstischen, die ebenfalls reihen Grundausbau haben, sind Anmengen von Waren aufgeschichtet. Die von neuen weiblichen Verkaufsräumen zur Auswahl gestellt werden. Wohntens steht sich die Reihe-Moche-Stimmung durch fast alle Verkaufsräume, die Gardinen, Porzellan- und Kuchenschirrabteilung und selbst einige Ranns haben sich in weißen Geosch. Ein Rundgang durch das Kaufhaus, das untreulich in der Art der Einrichtung am Orte den ersten Platz einnimmt, bietet des Sehens- und Rührens werten in Menge. Wir wünschen nur jeder Hausfrau, die sich an den reichhaltigen Auslagen erfreut, eine gewisse Befriedigung, damit sie auch von dem Angenehmen und Nützlichen zur Aufschwümmung ihres Heims und des Wäschehauses ein großes Palet noch Hause tragen kann.

Schiffe in Eisnot auf der Ostsee. Wie vom Kommando der Marineleitung der Ostsee gemeldet wird, gingen bereits am Freitag zahlreiche Silberrufe von Schiffen ein. Die in der westlichen Ostsee, der mecklenburgischen Bucht und der Gjedler Enge zwischen Eismassen eingeleit waren. Vom Oberbefehlshaber der Seestreitkräfte wurde sofort der Kreuzer „Medusa“ entsandt, der bei seiner Fahrt bis zur Gjedler Enge nicht weniger als acht deutsche, schwedische und norwegische Dampfer und einen Reichter befreit und die Schiffe teils nach Warnemünde teils nach Kiel leitete. Die Gjedler Enge selbst konnte sogar der Kreuzer nicht durchbrechen. Sonntag vormittag lief das Linien-schiff „Braunichweig“ aus, das bis zum Südausgang des Sund durchstoßen soll. Mehrere Fahrzeug sind noch beim Stationskommando als überfällig gemeldet worden. Es ist anzunehmen, daß die „Braunichweig“, viele Schiffe erreichen und aus der Eisnot befreien wird. Nach den letzten Meldungen hat das Schiff bereits 20 Dampfer aus der Eisbede gebrochen.

Postpaketverkehr nach Finnland. Seit 1. Februar werden neben den deutschen Frachtdampfern, die in der Regel jeden Donnerstag von Lübeck abgehen, auch die Schiffe der Finsta-Untersartags Aktiebolaget, die regelmäßig an jedem Sonnabend mittags 2 Uhr den Lübecker Hafen verlassen, zur Beförderung von Paketen nach Finnland benutzt, jedoch nunmehr wöchentlich zweimal (Donnerstags und Sonnabends) vom Postamt in Lübeck Paketartenstücke auf Helsingfors gefertigt werden. Da die

Schiffe der erwähnten Gesellschaft als Personendampfer stets jahreplanmäßig verkehren, ist mit dieser neuen Postverbindung eine ebenso schnelle wie regelmäßige Paketbeförderungsgelegenheit geschaffen worden. Die am Tage der Abfahrt der Schiffe bis 9 Uhr morgens in Lübeck eintreffenden Sendungen werden in die Kartenschiffe nach ausgenommen und erreichen den Bestimmungsort infolgedessen um mehrere Tage früher als bei der Beförderung über Schweden. Der Weg über Lübeck ist außerdem erheblich billiger als der Weg über Schweden; für ein 5 Kilogramm schweres Postpaket hat der Absender z. B. über Lübeck direkt 2.90 Mk. über Schweden und Schweden dagegen 4 Mk. zu zahlen. Die von der Reichspostverwaltung in Verbindung mit der Postverwaltung Finnlands geschaffene Verberührung des Paketbeförderungsdienstes ist daher als eine Förderung des Handels dankbar zu begrüßen.

Erneutes Hamptern rotgestempelter Tausender. Seit einiger Zeit erfreuen sich die rotgestempelten Tausendmarktscheine erneuter Aufmerksamkeit der Hamptner. Sie werden nach allen Verboten im Schleißhandel wieder mit hohem Aufsatze gesucht. Diese Erscheinung erklärt sich zweifellos aus den wucherhaften Werten der Aufwertungsanordnung. Insbesondere dürfte die dort verschiedentlich durchgeführte Unterhaltung zwischen älteren und neueren Forderungen die Anregung zur Hampterei gegeben haben. Bekanntlich rechnen die Hamptner damit, daß die rotgestempelten Tausendmarktscheine einstmals eine gewisse Aufwertung erfahren. Diese Hoffnungen knüpfen an die bekannten Verhandlungen mit Belgien an. Wie der „Deutsche Handelsdienst“ von zuständiger Stelle erfährt, sind alle diese Erwartungen unbegründet. Die Summe, die Belgien beim Deutschen Reich angemeldet hat, ist genau ziffermäßig begrenzt und kann keine Erhöhung erfahren. Darüber hinaus steht irgendwelche Entschädigung überhaupt nicht zur Diskussion. Die Hampterei der rotgestempelten Tausendmarktscheine, die vorläufig anstehend nicht zu beheben sind, werden mit einer sicheren Entschädigung zu rechnen haben.

Kampf gegen die Ratten. Amtlich wird uns berichtet: Seit der Kriegszeit wachen die Klagen über die Vermehrung der Ratten nicht verstummen. Auch in Lübeck hat die Rattenplage überhand genommen, und es machen sich energische Maßnahmen im allgemeinen Interesse notwendig, wenn man die großen Schäden, die die Ratten verursachen, bezählen will. Hat man doch z. B. für die Vereinten Staaten von Nordamerika berechnet, daß für die Unterhaltung der Schäumungswille vorhandenen 100 Millionen Ratten allein 200 000 Menschen jahraus, jahrein arbeiten müßten. Nach dem Muster anderer Städte in Deutschland und in England und insbesondere dem der Stadt Berlin soll deshalb auch in Lübeck demnächst ein allgemeiner Rattenvertilgungstag stattfinden. Der Senat hat das Polizeiamt ermächtigt, die erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß der einzelne ein ziemlich ausichtslosen Kampf gegen die Schädlinge kämpft. Nur wenn die Bekämpfung für ganze Gemeinden gleichzeitig durchgeführt wird, sind die Ausschichten günstig. Meidings muß dann der Kampf auch überall, auch an solchen Stellen durchgeführt werden, an denen man vielleicht übersehen ist, daß keine Ratten vorhanden sind. Denn wird an einer Stelle Gift abgelegt, so ziehen sich die Ratten leicht dahin, wo sie bisher unbekannt geblieben. Nur durch eine allgemeine Bekämpfung läßt sich erreichen, daß alle Stellen betroffen werden, an denen sich Ratten aufhalten, und nur dann ist eine sichere Kontrolle möglich. Als Mittel werden diejenigen Mittel angewendet, die sich nach genauen Versuchen in Berlin als die besten und für Haustiere und Menschen ungefährlichsten bewährt haben. Selbstverständlich ist auch bei diesen Mitteln noch eine vorsichtige und vorläufige Handhabung nötig. Wenn das geschieht, sind Schäden für Menschen und Haustiere ausgeschlossen. Die Heberhandnahme von Ungeziefer ist meist ein Zeichen des wirtschaftlichen und kulturellen Niederganges. Der Krieg hat uns die Rattenplage und die Ratten gebracht. (Nur diese Uebel? Red.) Die Ratten sind wir längst schon wieder los, lernen wir dafür, daß auch die Rattenplage wieder auf ein ertägliches Maß ebschränkt wird. Die weiteren gesetzlichen Vorschriften und Anweisungen werden in den nächsten Tagen vom Polizeiamt veröffentlicht werden, auch ist bereits die notwendige Menge Theobromin für die Rattenvertilgung beschafft worden, deren Verteilung durch noch bekannt zu gebende Verkaufsstellen erfolgen wird.

Eine totale Mondfinsternis wird am Mittwoch, 20. Februar, von 3 Uhr 19 Min. nachm. bis 6 Uhr 58 Min. sichtbar sein. Von 4 Uhr 20 Min. bis 5 Uhr 57 Min. nachm. dauert die totale Verfinsternung. Die Finsternis wird im östlichen Nordwesten von Nordamerika, in Australien, Asien, Europa und im größten Teil Afrikas sichtbar sein. Für Deutschland wird der Mond nach Mitte der Finsternis untergehen.

wb. Stadthallen-Vorspiele. „So sind die Männer.“ Hinter diesem Titel verbirgt sich eine unhistorische Komödie, in

deren Mittelpunkt Jerome Bonaparte steht, der als „König Luft“ und „Hertule von Wilhelmshöhe“ in der Weltgeschichte vorwiegend ist. In seinem Hofe in Kassel, im Park von Wilhelmshöhe und einem herrlichen Bauernhofe, im Stadtschloß und auf einem Landhause spielt sich die Handlung ab. Der eine Liebeshetart zwischen einem italienischen (napoleonischen) Kurier und der Nichte des Polizeiministers zugrunde liegt. Vergänglich sucht Jerome die Tugend der jungen Frau zu brechen, die ihren Mann auf den ersten Blick geliebt. Rötliche und Eil sind auf das feinste getroffen. Die Aufnahmen blendend. Die Szenen bei den Hochzeitsfeierlichkeiten im Hofe, das Ballet im Hoftheater, die Tänze im Freien, die Chöre und Munterkeit sind in eine Bildhandlung gefasst, daß der Zuschauer nicht einen Augenblick aus der guten Laune kommt. Harry Liedke als der Kurier Georg von Melungen nimmt alle Herzen der weiblichen Besucher gefangen. Paul Heidemann ist als König Jerome bezaubernd, Antonio Dieblich als Charlotte von Rahenellenbogen und Alice Hahn als hübsches Naturkind vom Lande bieten ausgezeichnete Vorkämpfer. Diesen stehen launigen Akten geht eine Gröteske „Der perfekte Diener“ voraus, die an Unfinn und Unwahrscheinlichkeiten kaum zu überbieten ist. Außerdem wird der Bau und die Extremitäten der Malaria-Mücken von Dr. Mendel gezeigt.

ph. Wegen Zehnpfennigkeit festgenommen wurde ein Kaufmann aus Hampt. Er hatte im Anschluß an eine Bierreise ein hiesiges Café aufgesucht und dort eine Zehnpfennigkeit von über 90 Mk. gemacht, die er nicht bezahlen konnte. Auch Sicherheit konnte er nicht leisten.

ph. Anklage wegen Ruppel. Die Wohnung eines an der Rattenplage wohnhaften Schiffbauers hatte das Interesse der Kriminalpolizei erregt, weil die Inhaberin der Wohnung zu später Stunde Personen beiderlei Geschlechts ihre Räume zu einem Stelldein zur Verfügung stellte. Bei Heberholung der Wohnung wurden zwei junge Mädchen angetroffen, auf die die Sittenpolizei sauberte. Die beiden wurden vorläufig verhaftet, während gegen die Wohnungsinhaberin ein Verfahren wegen Ruppel eingeleitet wird.

Achtung Schiffszimmerer und Bootshauer! Auf den Hamburger Bootswerten haben die Kollegen wegen Forderung der Arbeitgeber auf Einführung der Vorkriegsarbeitszeit (55 Stunden wöchentlich) die Arbeit eingestellt.

Zwang von Bootshauern und Schiffszimmerern ist streng fernzuhalten. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Vermarktungsstelle Lübeck. A. Warnke.

Hinweise auf Verammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Mittwoch findet die erste Wiederholung von Sternfarns Komödie: Bürger Schippel statt. Donnerstag: Ibsen. Freitag: Romeo und Julia.

Haus-Theater. „Dolly“, Operette von Hugo Firsich, kann leider nur noch an 3 Abenden — Dienstag, Mittwoch und Donnerstag — zur Aufführung gebracht werden.

Berufsvormundschaft, Pflegekinderwesen, Gemeinbewaisenrat.

(Aus dem Jahresbericht des Jugendamtes.)

A. Berufsvormundschaft. Die gesetzliche Berufsvormundschaft ist in Lübeck durch Landesgesetz vom 7. Februar 1912 eingeführt. Sie erstreckt sich auf das gesamte lübeckische Staatsgebiet. Während bei der Einzelvormundschaft der Vormund erst durch das Vormundschaftsgericht bestellt werden muß, tritt der Berufsvormund ohne weiteres kraft Gesetzes ein. Er ist infolgedessen, und weil er behördlichen Charakter hat, in der Lage, schneller und in der Regel auch wirksamer für seine Mündel einzutreten als der Einzelvormund. Neben den Vormundschäften, die der Berufsvormund kraft Gesetzes zu führen hat, übernimmt er noch 1. grundsätzlich alle Vormundschäften über Minderjährige, wenn es sich um die Unterhaltsbetreuung handelt, 2. Pflegekinder zur Unterhaltsbetreuung für eheliche Minderjährige, 3. Pflegekinder in Fällen, in denen dem Inhaber der elterlichen Gewalt diese oder die Sorge für die Person entzogen ist, 4. Vormundschäften und Pflegekinder in Fällen, in denen schwerere Verhältnisse zu regeln sind und deshalb besondere Anforderungen an die Geschäftsgewandtheit und Erfahrung des Vormundes gestellt werden.

Am 1. April 1922 betrug die Zahl der unter gesetzlicher Berufsvormundschaft, Sammelvormundschaft, Sammelpflegschaft und

Beistandschaft des Berufsvormundes stehenden Minderjährigen 2340. Im Laufe des Berichtsjahres übernahm der Berufsvormund 343 neue Sachen mit 347 Minderjährigen, nämlich 344 uneheliche und 3 eheliche. Am 31. März 1922 betrug die Zahl der Mündel des Berufsvormundes 2497. Von den Mündern der Berichtsjahre neu hinzugekommenen unter gesetzlicher Berufsvormundschaft stehenden Mündel (330) waren zur Zeit der Entbindung 223 lebend, 10 verstorben, 26 verstorben, 10 getöteten. Von den Mündern waren dem Beruf nach vor der Entbindung: 99 Hausangestellte, 95 Arbeiterinnen, 1 Stenotypistin, 1 Morgenpflanzlerin, 1 Ballettänzerin, 1 Kantoristin, 2 Verkäuferinnen, 1 Kindergärtnerin, 1 Angelerin, 1 Serviermädchen, 1 Buchhalterin, 1 Rektorin, 1 Stangerin, 2 Mamsells, 41 waren im Haushalt beschäftigt und 33 waren ohne Beruf. Bei 21 Mündern ließ sich der Beruf nicht feststellen. Bei der Niederkunft waren 110 im Alter von 16—20 Jahren, 135 im Alter von 21—25 Jahren, 51 im Alter von 26—30 Jahren und 26 im Alter von über 31 Jahren. Die Erzeuger der im Berichtsjahre hinzugekommenen Minderjährigen gehörten u. a. folgenden Berufsständen an: 97 gelernte Arbeiter, 63 ungelernete Arbeiter, 9 Beamte, 18 Seeleute, 2 Steuermänner, 2 kaufmännische Inossellente beim Kaufleute, 1 Fabrikant, 1 Werkmmeister, 9 Landleute, 1 Diener, 10 Militärpersonen, 4 Schweizer, 16 Rente, 4 Ungeleitete, 2 Verwalter, 1 Oberkellner und 1 Kellner, 1 Milchhauer, 5 Händler, 1 Fischer, 2 Glaser, 2 Bauunternehmer, 2 Kutcher, 1 Photograph, 1 Student, 1 Musiker, 1 Gastwirt, 1 Chauffeur, 1 Artist, 1 Direktor, 1 ohne Beruf und bei 27 Erzeugern war der Beruf nicht festzustellen. Von den Erzeugern waren 235 ledig, 24 verheiratet, 9 verwitwet und 7 getöteten.

B. Kostkinderwesen.

Die Kostkinderaufsicht ist durch das Gesetz über die Beaufsichtigung des Kostkinderwesens vom 7. Februar 1912 und die dazu erlassene Ausführungsverordnung vom 27. Februar 1912 geregelt. Sie ist dem Berufsvormund übertragen. Kostkinder sind alle unehelichen Kinder bis zu 8 Jahren, ferner eheliche Kinder, die sich bei Verwandten oder bei ihren Vormündern gegen Entgelt in Pflege befinden. Zur Durchführung der Kostkinderaufsicht stehen dem Berufsvormund 6 Säuglingsfürsorgeämter und eine große Anzahl ehrenamtlich tätiger Pflegeeltern und im Landgebiet Vertrauenspersonen zur Verfügung. Am 1. April 1922 fanden 1828 Kostkinder unter Aufsicht. Im Laufe des Berichtsjahres kamen 369 Kostkinder hinzu. Abgemeldet wurden 248, jedoch am Schluß des Berichtsjahres noch 1949 Kostkinder unter Aufsicht standen.

C. Gemeinbewaisenrat.

Der Gemeinbewaisenrat hat dem Vormundschaftsgericht Vorschläge vorzuschlagen, in Unterstutzung des Vormundschaftsgerichts darüber zu wachen, daß die Vormünder ihre Pflicht erfüllen, Mängel und Pflichtwidrigkeiten, die er in dieser Hinsicht wahrnimmt, anzuzeigen und auf Anfordern über das persönliche Ergehen und Verhalten des Mündels Auskunft zu erteilen. Weiter hat er dem Vormundschaftsgericht Anzeige zu erstatten, wenn er von einer Gefährdung des Vermögens des Mündels Kenntnis erhält. Am 1. April 1922 wurden 3054 Sachen mit 4862 Pflegelingen aus dem Vorjahre übernommen. Im Laufe des Berichtsjahres kamen 312 Sachen mit 402 Pflegelingen hinzu.

D. Das neue Recht.

Vorstehende Ausführungen behandeln die Entwicklung der Berufsvormundschaft, des Pflegekinderwesens und des Gemeinbewaisenrates im Jahre 1922-23. Inzwischen ist am 1. Juli 1923 das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt für Lübeck in Kraft getreten. Damit sind die landesgesetzlichen Bestimmungen, die bisher die Berufsvormundschaft und das Kostkinderwesen regelten, aufgehoben worden und an ihre Stelle reichsgesetzliche Bestimmungen getreten, die durch unser Ausführungsgesetz vom 28. November 1923 ergänzt worden sind. Die neue Amtsvormundschaft stimmt mit unserer früheren Berufsvormundschaft im wesentlichen überein, nur ist sie dem Jugendamt als solchem übertragen, das die Ausübung der vormundschaftlichen Obliegenheiten einzelnen Beamten übertragen kann; ferner ist die Stellung der Amtsvormundschaft gegenüber dem Vormundschaftsgericht freier geworden, als das bisher der Fall war. Steht bei der gesetzlichen Regelung die Amtsvormundschaft im Vordergrund, so legt das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz doch größten Wert auf die Förderung der Einzelvormundschaft. Der Vorteil der Einzelvormundschaft vor der Amtsvormundschaft wird immer der sein, daß die verständnisvollste persönliche Fürsorge für den Mündel, die warme Hingabe an das übernommene Amt nirgends größer sein kann als bei einer Persönlichkeit, die sich ganz den übernommenen Pflichten mit der nötigen Anpassung an die Eigenart des Mündels und mit dem Verständnis für dessen Lebensbedürfnisse widmet. Es wird daher dem Jugendamt zur

Warum es so kalt ist.

Geringe Ausflüchte auf Besserung.

Nach den Ermittlungen des Berliner Wetterdienstes ist die Hauptursache der anhaltenden Kälte darauf zurückzuführen, daß das Hochdruckgebiet, das gegenwärtig nach über Sibirien lagert, von ganz besonderer Hartnäckigkeit ist. Im europäischen Sibirien wurden Barometerstände von 750 Millimeter abgelesen. Ein derartiges Hochdruckgebiet umschließt große Mengen kalter Luft; es kann geradezu als „Kaltluftkammer“ bezeichnet werden. Das sibirische Hoch, dem die dauernden kalten Luftströmungen zuschreiben sind, die in den letzten Wochen nordwärts, hat eine ganze über Skandinavien hingehoben, die sich bereits bis nach Island erstreckt.

Ein Hochdruckgebiet, wie dieses sibirische, hat einen ungemein stabilen Charakter. Warme Luftmassen, die vom Ozean, also vom Süden oder Westen her, anströmen, prollen an dem Hoch ab und gleiten heillos fort. Die bei Island anströmenden Tiefdruckgebiete stehen deshalb im hohen Norden östwärts, also etwa über Spitzbergen hinweg, während die kalten Meeres, die etwa im Golf von Biscaya aufkommen, nach dem Mittelmeer durchbrechen. Momentan wandert, aus der Richtung des Schwarzen Meeres kommend, ein wärmerer Luftstrom durch Mitteleuropa. Seine Temperatur fällt zwar auch immer noch um null Grad herum; aber schon diese Erwärmung hat genügt, um in Polen und Schottland bedeutendere Schneefälle hervorzuverursachen. Ein durchgreifender Wetterumschlag ist jedoch gegenwärtig noch nicht zu erwarten. Es läßt sich ohne Gefahr einer Gebirgsstagnation ein geringes Aufheizen der Temperatur voraussetzen, dem Schneefälle folgen werden; bei der anhaltenden Dämpfung wird aber keine wieder ein Umschlag eintriften, wenn die Warmluftwanderung aufhört.

Ein endgültiger Kälteausgang wird eintreten, wenn das Hochdruckgebiet unter dem Andrang verschiedener Tiefdruckgebiete, die von Westen kommen, abdrückt. Dieser Abzug geht lo vor sich, daß die vom Ozean heranströmenden Warmluftmassen an den kalten Luftkörper aufgleiten, und starke Bewölkung und Niederschläge an ihrem Rande hervorbringen. Erst nach mehrmaligem Abzug kann das Hoch soweit erlindert sein, daß wir in die milde westliche Luftströmung hineinrücken, die dann einen kalten Umschlag mit sich bringen würde.

Die kalte Kälte dieses Winters ist um so bemerkenswerter, als sie der Regel nicht mit im Jahresdurchschnitt, sondern aus besonders im Januar die Südwest- und Westwinde die vorherrschenden sind. Auch die Winde unterliegen einer gewissen Regelmäßigkeit, und zwar treten unter normalen Umständen im Winter Nord-, Nordost- und Ostwinde am häufigsten auf. So

anormal, wie die dauernd niedrigen Temperaturen, sind also gegenwärtig auch die Minderhöhen. Es sei übrigens bei dieser Gelegenheit auf eine nicht allgemein bekannte Eigenart der Windtemperatur hingewiesen, die in der kalten Jahreszeit sich besonders zeigt. Das Gefühl der Kälte, das die Luftströmungen am menschlichen Körper hervorrufen, findet kein Seitenstück in einem Sinnen der Thermometerzähle. Die „Windkälte“ wird nur dadurch fühlbar, daß die schnell dahinfließende Luft eine dünne Wärmezone, die den Menschen ständig umgibt, zerstört, und dadurch die umgebende Kälte in engerer Berührung mit dem Körper bringt. Daher kommt es, daß ruhiges Frostwetter weit weniger unangenehm empfunden wird, wie klarer Wind, der an sich einen geringeren Kältegrad haben mag.

Vulkane, die Kälte bringen. Die starke Kälte, die in diesem Jahr aller Orten herrscht, scheint mit dem Vulkanausbruch der letzten Zeit in einem gewissen Zusammenhang zu stehen. Wenigstens behauptet dies der englische Meteorologe Georg F. Stagg, der in einem Aufsatz darauf hinweist, daß seit der Vernichtung Pompeji im Jahre 80 n. Chr. große Vulkanausbrüche immer schwere Störungen des Klimas hervorgerufen haben. In zahllosen Fällen hat der Ausbruch eines Vulkans später Kälteperioden zur Folge gehabt, und die moderne Wissenschaft will sogar die Entstehung der Eiszeit mit gewaltigen vulkanischen Erscheinungen in Verbindung bringen. Um zu verstehen, wie Vulkanausbrüche Kälte bringen können, weist der Gelehrte auf einige Tatsachen in den Erscheinungen der Erdatmosphäre hin. Man hat durch die Methode von Regnierballons, die Thermometer tragen, festgestellt, daß in einer Höhe von 10 Kilometer über der Erdoberfläche in der Atmosphäre eine beständige Temperatur herrscht und daß es in diesen hohen Luftschichten keine Wolken, keine Stürme und keinen Regen gibt. Wolken, Stürme, und Regen treten nur in den Luftschichten auf, die unter 10 Kilometer Höhe liegen. Während eines Vulkanausbruches werden nun gewaltige Staubmassen in die Luft gebracht, die sehr hoch steigen. Der Ausbruch des Tombers 1815, bei dem 56 000 Menschen zugrunde gingen, brachte so viel Rauch und Dampf mit sich, daß drei Tage lang in einer Entfernung von 500 Kilometern Dunkelheit herrschte. Die Rauchwolken der Vulkane sind von Zeit zu Zeit gemessen worden, und man fand, daß sie in Höhen bis zu 20 Kilometer emporsiegen. Es muß daher eine große Menge von Staub durch die Vulkanausbrüche in die höchsten Luftschichten gebracht werden. Da diese Staubpartikeln durch keine Wolken aufgenommen und durch keinen Regen weggenommen werden, so entsteht eine Art Staubkammer, der die Wirkung des Sonnenlichts auf die Erde fast beträchtlich. Die Staubpartikeln der Vulkane sind so winzig, daß sie bisweilen mehr als

ein Jahr brauchen, um in die unteren Luftschichten zu gelangen, wo sie von dem Regen auf die Erde gebracht werden. Der vulkanische Staub verstreut sich in den hohen Luftschichten in wenigen Monaten über die ganze Erde und bildet so ein Hindernis für das Durchdringen der Sonnenstrahlen, das sich in unserer Temperatur bemerkbar macht. Man hat berechnet, daß die verhältnismäßig geringe Menge von ein Fünftelhundertstel einer englischen Kubikmeile vulkanischen Staubes, wenn sie rund um die ganze Erde verteilt ist, die Intensität des Sonnenlichts um 20 Prozent verringert und bei fortgesetzter Einwirkung bereits ein Eiszeitalter hervorrufen könnte. Es ist daher verständlich, daß man die Entstehung der vorgeschichtlichen Eisperioden mit gewaltigen Vulkanausbrüchen in Zusammenhang bringt, und auch die bei uns jetzt herrschende Kälte durch die vulkanischen Eruptionen der letzten Zeit hervorgerufen seien.

Nieder mit der Schweinerepublik!

Wir sind die Herrn Agrarier und wir haben es dazu, Rogendank! Uns fehlt kein Ziegel auf dem Dach und im Stall keine Kuh, Rogendank! Genau genommen ist noch allerhand dazu gekommen; Stallung und Tiere, Auto und Klaviere... Nieder mit der Schweinerepublik!

Die Milch, die wir abliefern sollten, haben wir verfüttert, Rogendank! Den Rahm in den Kaffee gegossen oder verbuttert, Rogendank! Wir opfern willig, Aber nicht billig, Den letzten Rest, Bei dem sich noch verdienen läßt... Nieder mit der Schweinerepublik!

Wir begreifen nicht, wie der Mensch nicht national sein kann, Rogendank! Und wie anders das Leben eine Qual sein kann, Rogendank! — Das klingt marxistisch und groß-materialistisch. Wir wer'n Euch Ideale lehren Mit Mahlnagelwehren... Nieder mit der Schweinerepublik! Michel von Lindenpöden (in „Lachen links“).

Nicht gemacht, für die rechte Auswahl einer genügenden Anzahl Vormünder zu sorgen, Einzelvormünder heranzuziehen, zu befragen und bei der Ausübung ihres Amtes zu unterstützen. Aufgabe des Ausschusses wird es sein, die Vormünder in den behördlichen Verhandlungen möglichst zu entlasten und die Dienststunden so zu legen, daß mit dem Vorarbeiten auf dem Amt kein Zeitverlust für die Vormünder verbunden ist. Der Ausschuss hat durch das Ausschussmitglied zum Reichsanwaltschaftsamt eine Ausdehnung erfahren: Pl. Einsetzung oder Fortsetzung eines Ausschusses mit Minderjährigen unter 14 Jahren kann allgemein oder für den Einzelfall, vom Ausschussamt unterlassen werden, wenn die Rechte nicht wegen der persönlichen Verhältnisse des Ausschusses oder mit Rücksicht auf die Art der Unterbringung ungeeignet ist. Zur Sicherung des Ausschusses ist Aussicht zu machen, daß es neben dem ehrenamtlichen Ausschussmitgliedern, die solche Ausschüsse bilden, keine Schwierigkeiten zu machen, wenn es handelt sich um die Durchführung einer geschäftlichen Verpflichtung.

Aussperrung im Bauwerke. Die Firma Dr. Otto u. Co., Bochum, Baustelle Hochfenster, hat am Montag sämtliche Maurer und Bauarbeiter ausgesperrt, weil sie sich weigerten 10 Stunden zu arbeiten. Kein Organist darf bei der Firma in Arbeit treten. Zugang ist streng fernzuhalten.
Deutscher Bauarbeiterverband.
Ortsverwaltung Lübeck.

Angrenzende Gebiete.

Möln. Zwei schwere Unglücksfälle. Beim Soldatenspielen führten mehrere Knaben Pistolen bei sich, aus denen sie sich beschossen. Hierbei wurde der 12jährige Sohn des Arbeiters Mannus von einem anderen zwölfjährigen Knaben verletzt. Das 6 Millimeter starke Geschoss drang ihm auf 2 Meter Entfernung in die rechte Schulter. Die Kugel, die nur 2 Millimeter neben der Schlagader lag, wurde im Krankenhaus entfernt. — Ertrunken. In der nahe gelegenen Domäne Marienwolden hatte in der letzten Zeit ein Wildschwein wiederholt die Kartoffelfelder aufgewühlt. Um dieses Tier unschädlich zu machen, hatten sich der Sekretär und der Verwalter in der Dunkelheit auf den Weg gemacht, um das Tier zu erlegen. Ohne Wissen dieser beiden hatte sich auch der Gärtner zu gleichem Zweck nach dem Acker begeben und sich auf der Miete auf die Lauer gesetzt. Beim Herannahen der erkrankten Personen erhob sich der Gärtner von der Miete. In der Annahme, ein Wildschwein vor sich zu haben, schloß der junge Mann und verletzte den Gärtner durch einen Halschuß tödlich. Der Verunglückte hinterläßt Frau und zwei Kinder.

Hamburg. Zeitungsverbot. Das Bergedorfer-Sander-Kostblatt wurde auf 3 Tage verboten, weil es über bössliche Waffenspenden berichtet hatte. — Eine gefährliche Sache, nicht die Mittelteil unseres Parteiblattes, sondern die Waffenspende für die Republik. — Streik auf den Flussschiffen. Die Arbeiter auf den Flussschiffen verlangten eine Erhöhung des Lohnes von 45 auf 60 Pfg. die Stunde. Die Arbeitgeber verlangten, daß bevor eine Lohnhöhe bewilligt werde, zunächst über eine Verkürzung der Arbeitszeit verhandelt werden müsse. Auf die erneute Forderung der Arbeiterchaft auf Erhöhung des Lohnes reagierten sie überhaupt nicht. Nunmehr sind am Montag die Arbeiter in den Streik getreten.

Hamburg. Kampf um die Arbeitszeit im Hamburger Hafen. Seit längerer Zeit fanden zwischen den beteiligten Organisationen Verhandlungen auf Verlängerung der Arbeitszeit im Hamburger Hafen statt. Da die Verhandlungen auf Herbeiführung einer Verständigung ergebnislos verliefen, so wurde vom Hafenarbeiterverein eine Kündigung der Lohn- und Arbeitsstarke zum 10. März ausgeschrieben. Gegen diese unhergehliche Kündigung wurde von den Arbeitnehmern die Entscheidung des Schlichtungsausschusses angefordert. Dieser stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß nach den Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes die Kündigung berechtigt sei und gab den Parteien anheim, nochmals über den streitigen Punkt zu unterhandeln. Von den Arbeitnehmerorganisationen ist die Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums angefordert worden.

Hamburg. In einem total besessenen Zustande — nach eigener Aussage des Angeklagten — hatte der Kapitän Geerken in einer Wirtshaus in Hammbeck zu Gewalttätigkeiten gegen den Präsidenten der Republik aufgefordert und die Ermordung des Ministers Erzberger gutgeheißen. Vor dem Untersuchungsrichter hat er diese Neugierungen unterdessen bedauert und sich damit entschuldigt, daß diese Neugierungen einer Stimmung entsprungen seien, die herbeigeführt wurde weil er weder auf Land noch auf See eine Stellung erhalten konnte. Augencheinlich gna es ihm nicht schlecht. Nach Aussage des Wirtes war er regelmäßig „voll bis zum Quäder“ und machte gewohnheitsmäßig Rabau. bis er an die frische Luft befördert wurde. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis. Das Gericht zog die Trunkenheit des Angeklagten strafmildernd in Betracht. Von einem Manne von Bildung hätte man detartiac Neugierungen nicht erwartet. Die Verurteilung vom 26. Juni 1922 sei bei Verlegung der Tat noch nicht in Kraft getreten. Trotzdem entschied sich das Gericht für drei Monate Gefängnis. Bei Annahme des Urteils bewilligte das Gericht eine bedingte Bewandlung bis zum 1. April 1926 gegen eine Zahlung von 100 Goldmark in Raten von 10 Mk. pro Monat.

Manteneck. Aus Eifersucht erschossen wurde vor einigen Tagen der Waffenschlichter Kather, der in der Villa Strickhoff wohnte. Bei ihm wohnte ein Verwandter, der Kaufmann Krok, mit seiner etwa 35 Jahre alten Frau. Krok glaubte nun, Ursache zur Eifersucht gegen Kather zu haben. Als er am 11. Februar unerwartet heimkehrte und keine Frau in Gesellschaft Kathers antraf, gab er auf diesen aus einem Revolver mehrere Schüsse ab, durch die Kather sofort getötet wurde. Krok wurde verhaftet und dem Gerichtsgang in Altona zugeführt.

Kostel. Unter dem Belagerungszustand! Die Mecklenburgerische Volkszeitung wurde wegen einer Satze über Waffenspenden bei den Wälfischen in Halle auf 3 Tage verboten. (Siehe auch unter Hamburg.) Es wurde sofort Beschwerde gegen das Verbot beim Wehrkreiskommando erhoben.

Öffentlicher Wetterdienst.

Wie betrachtet man die Wetterkarte? Wenn man zum ersten Male eine Wetterkarte zur Hand nimmt, so über die auf ihr sichtbaren Zeichen und Zahlen einen solchen verwirrenden Einfluß auf den von der Tagesarbeit ermüdeten Geist des Beschauers aus, daß er möglichst schnell den Blick abwendet. Ist aber etwas Zeit vorhanden und auch ein klein wenig Energie, die einzelnen Schriftzeichen lesen zu lernen, so kann man sich an den täglich erscheinenden Karten manche interessante und frohe Biersprüche verschaffen. Das Leben und Wehen der Natur, der immerwährende Wechsel der Witterung, das herankommende Schönwetter, das abziehende Schlechtwetter, die Ursachen ungewöhnlicher Kälte oder anhaltender Dürre, alles das ist aus den Karten zu ersehen. Im folgenden sei nun eine kleine Anleitung gegeben, die den Leser bei ein wenig Übung instandsetzt, alles zu erkennen, was das Bild mit dem stets begleitenden Texte sagen will. Zunächst läßt man am besten den Blick von dem gesamten Kartenschild und betrachtet ausschließlich nur einen eingezeichneten

Ort, z. B. Hamburg oder Magdeburg oder Breslau. Hier sieht man die Lage der Stadt durch einen Kreis kenntlich gemacht, der zweifeln in der Mitte ganz oder nur zu 1/2 oder 3/4 schwarz gemacht ist. Manchmal ist er auch ganz weiß gelassen. Dieser Kreis stellt das an dem Ort zu erhaltende Himmelsgewölbe dar. Bei vollständiger Wolkendeckung ist das Kreisinnere schwarz gemacht. Ist der Himmel nur zur Hälfte oder einem Viertel bedeckt, dementsprechend ist auch der Kreis ausgefüllt. Herrscht vollständig wolkenfreies Schönwetter, so bleibt natürlich das Kreisinnere ungeschwärzt. Dieses ermöglicht nun schon in ganz Europa von Rußland bis England, Italien und Island festzustellen, was eigentlich dort für eine Himmelsbedeckung vorhanden gewesen ist. Bald beginnt es, Gebiete starker Bewölkung von solchen mit ziemlich wolkenlosem Wetter zu trennen.

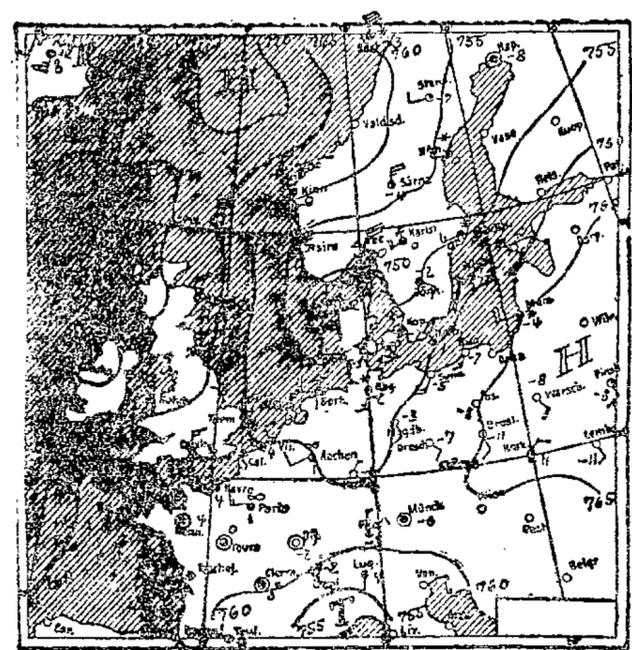
Bei dieser Betrachtung fällt es auf, daß fast jeder Ort verschiedene Striche trägt. Jeder Strich wächst aus dem Ortskreis heraus und trägt an dem andern Ende kurze und lange Querstriche. Diese Darstellungen zeigen die an dem Punkte herrschenden Windverhältnisse in der Gestalt eines mit dem Winde in den Ort fliegenden Pfeiles, bei dem die Spitze in dem Ortskreis liegt, die oberen Querstriche die Fiederung bezeichnen. Damit ist die Richtung des überfall wehenden Windes gegeben. Die Querstriche geben nach Anzahl und Größe die Stärke der Luftbewegung an. Jeht die Strichsignatur irgendwo, so weht dort kein Wind, es ist Windstille, was dann durch einen zweiten den ersten umschließenden großen Kreis angedeutet wird. Fällt bei einer Beobachtungsstation Niederschlag, so ist dieses auch angedeutet, und zwar Regen durch einen Regentropfen (einen Punkt), Schnee durch einen Stern. Neben jedem Ortskreise steht eine Zahl, die die Lufttemperatur angibt.

Eine kurze Erklärung der soeben besprochenen Zeichen befindet sich in der Gestalt eines Vokabulariums unter jeder Karte. Mit diesen Angaben ist man nun leicht in der Lage, alle für eine Stadt und deren Umkreis eingezeichneten Witterungsangaben zu lesen und sich von Tag zu Tag ein Bild von den unterdessen eingetretenen Änderungen zu machen.

Die ausgezogenen Linien — Isobaren — stellen die Größe des Luftdrucks oder die Höhe des Barometerstandes dar. Sie verbinden die Orte, die gleichen Luftdruck gemessen haben, und sind von 5 zu 5 Millimeter angeordnet. Um die Gegend des tiefsten Luftdrucks, des Kern der Zykone (Depressionsminimum oder Tief) ist meistens die letzte Isobare geschlossen gezeichnet. Sie trägt in der Mitte ein T = Tief, während die Stelle des Hochs durch ein eingekreistes H kenntlich gemacht ist. Wie der Aufbau der Zykone, deren Entstehung, Wandern und Vergehen beschaffen ist, soll ein anderes Mal erläutert werden.

Außerdem ist durch eine wellige Linie die Frostgrenze eingezeichnet und durch eine punktierte diejenige des Frosttages. Es läßt sich daraus erkennen, ob die kalte nördliche Luft im Vorliegen oder in Abnahme begriffen ist.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte.



ERKLÄRUNG.
 O wolklos O wolke O bedeckt O Regen O Schnee = Dunst
 Nebel O Gewitter O Hagel O Sturm O schwach O mittel O stark
 O stark O schwach O mittel O stark O mittel O schwach O mittel O stark
 Die eingekreisten H (Hochdruck) und T (Tiefdruck) verbinden die Orte mit gleichem (auf dem Meerespiegel) ungenutztem Barometerstande. Die neben den Orten ablesenden Zahlen geben die Lufttemperatur an.

Deutscher Metallarbeiterkongress.

SPD. Kassel, 18. Februar. Gestern Abend fand eine Begrüßung des Metallarbeiterkongresses in der Stadthalle statt. Zahlreiche Delegierte und Gäste aus der deutschen Arbeiterbewegung und die Kasseler Metallarbeiterchaft nahmen daran teil. Als der Oberbürgermeister Philipp Scheidemann das Wort zu einer Begrüßungsrede ergriß, verliehen die kommunistischen Delegierten den Saal. Die sozialistischen Delegierten begleiteten diese Demonstrationen mit Hohnschreien. Scheidemann betonte, daß die Einheit der Arbeiterbewegung die Hauptvoraussetzung für das Wiedererlangen der Arbeiterschaft sei. Die Kräfte, die früher zum Kampf gegen die Feinde der Arbeiterklasse gesammelt und eingesetzt wurden, würden jetzt vielfach im Bruderkampf verzehrt. Scheidemann schloß mit dem Wunsch, daß der Kongress der größten deutschen Gewerkschaft die Arbeiter zur Selbstbestimmung bringen würde.

Vermischte Nachrichten.

Eisenbahnunglück bei Ludwigslust. Nach Mitteilung der Eisenbahndirektion Erfurt entgleiste der Güterzug München-Berlin bei Ludwigslust. Die Maschine und 47 Wagen des Güterzuges stürzten in die Tiefe. Infolge der Entgleisung gerieten mehrere Wagen des Zuges in Brand. Drei Häuser unterhalb der Brücke, auf die die Wagen stürzten, gerieten in Brand und wurden vollständig zerstört. Sie bilden mit den abgestürzten Wagen ein einziges Trümmerfeld. An Toten sind bisher gemeldet: der Lokomotivführer, der Heizer und zwei Beamte des Zugpersonals. Von den Bewohnern der zerstörten Häuser scheint niemand ums Leben gekommen zu sein. Das Eisenbahnunglück soll auf ein Versehen der Bremse zurückzuführen sein. — Eine neuere Nachricht besagt: Bei dem Eisenbahnunglück wurden drei Personen getötet. Der Heizer liegt schwer verletzt im Krankenhaus. Der Zugführer, der sich in dem auf der Strecke verbrannten Padwagen befand, konnte sich retten und wurde weniger schwer verletzt.

Lebensmittel-Preissteigerungen in Berlin. In Berlin sind am Sonnabend die Lebensmittelpreise ohne äußerlich erkennbaren Anlaß stark in die Höhe gegangen. Butter kostet 2,40 Mark das Pfund, Eier über 20 Pfg., auch Fleischpreise sind erheblich gestiegen und die Cornflorpreise haben schon seit längerer Zeit eine steigende Tendenz. Der Milchpreis ist auf 83 Pfg. erhöht worden.

Eine Wohnlinnstat. Die Berliner Wälfische aus Stolz in Rommen melden, erhaben dort auf einem Patrouillenmann der Wasserschutzpolizei Sierina keine beiden Kameraden Wälfische und Pruchmann und dann sich selbst. Es wird angenommen, daß Sierina wahrscheinlich in einem Tauschgeschäft die Tat verübt hat, da er vor einigen Tagen vor einem tollwütigen Hunde gestolzen worden war.

Wölfe im Elbisch. Die Wälfische „Nationalzeitung“ teilt mit, daß infolge des kalten Winters im Niedersächsischen zahlreiche Wölfe auftreten. In den letzten Tagen wurde ein Wolf in der Gegend von Havelburg gefangen. In der Nähe von Müritzer wurde eine Gruppe von 4 Wölfen gesehen. Nach einer Statistik sind von 1872 bis 1882 im Ober- und Niedersächsischen 459 erlegt worden. Bis 1907 verringerte sich jährlich die Zahl der getöteten Tiere. Jetzt ist die Zahl der erlegten Wölfe wieder größer geworden.

Dressacher Mord und Selbstmord. Eine Familientragödie hat sich Sonnabend in Lichterberg bei Berlin abgespielt. Dort fand man in der Wohnung den 20 Jahre alten Schloffer Nordie, dessen 25 Jahre alte Ehefrau und die beiden vier und drei Jahre alten Söhne tot auf. Die Frau und die beiden Kinder waren bis auf das Hemd entkleidet und mit starker Zuderschneur am Bett erhängt. Die Ehefrau war kurz angeschlossen und dann aus dem Bett geworfen worden. Die beiden Kinder hingen am Fußende des Bettes. Nach einem vorgefundenen Brief an seine Eltern hat Nordie bereits am 14. Februar seine Familie erdrückt und am folgenden Tage seinem Leben ein Ende gemacht. Als Grund zu der entsetzlichen Tat gibt er eheliche Zwistigkeiten an. Die Frau befand sich in anderen Umständen.

Die Nordpolfahrt der Shenandoah verboten. Aus Washington wird gemeldet: Präsident Coolidge hat die unverzügliche Einstellung der Vorarbeiten zur Ausfahrt der Shenandoah nach dem Nordpol angeordnet. Verschiedene Sachverständige in Amerika hatten sich dahin geäußert, daß die mit der Expedition verbundenen Aufwände in keinem Verhältnis zu dem zu erwartenden Resultat ständen.

Sport.

Ein neues Arbeitsamt Schneider, Kopp u. Co. Wir werden um Aufnahme dieser Zeilen ersucht: Unter dieser Überschrift beschäftigt sich ein Herr A. Sternberg mit unserm Verein. Wir wünschen die verschiedenen Unrichtigkeiten, die dieser Artikel enthält, nicht durch eine Zeitungspolemik zu klären, sondern haben an das Amt für Leibesübung, welches auch für das Arbeitersport-Komitee vorgelegte Behörde ist, den Antrag gestellt, die Angelegenheit auf der nächsten Sitzung mündlich verhandeln zu lassen.
Lübecker Ballspiel-Verein e. V., W. Sieding, 1. Vorf.

Theater und Musik.

Stadtheater. Die Geisha. Operette von Sidney Jones. Jüngendo hat ein Vereisterer gelagt, er gebe 10 Operetten für einen heiteren Klaut-Abend. Die Geisha ist unter diesen Operetten, ihre freigewasste Langweiligkeit wurde am Sonntag Abend nachdrücklich offenbart; der erste Akt währte anderthalb Stunden, und aller Walzer-Schmalz und alle Komiker-Künste konnten nicht darüber hinweg täuschen, daß man verzweifelt nach einem Mittel suchte, um den Sälummer zu bannen, der mächtig sich uns nahte. Unwillkürlich verglich man mit Offenbachs Musik. Die hat Grazie, Fluß, feinschwungige Linie und geistreiche Einfälle. Über das Publikum liebt Sidney Jones' köchelnde und billige Melodie und tat so, als ob die Operette hier neu herausgefunden sei (das 1896 komponierte Werk ist in Lübeck seit langem nicht gegeben). — Aus der bunten schillernden Aufführung liesteten die Herren Woffenz und Walter Böhne heraus, was mächtig war: die Hofmannsche Regie verdiente Lob. Recht rühmlichlos war übrigens die Art, von dem absehenden Komitee einen abernen Tanz dreimal zu verlangen! Fräulein Hedwig Helle erlang sich als zierliche und jugendliche Mimosa zahlreiche neue Verehrer; zu bemerken ist, daß die Sängerin, ohne gefühlsmäßigen Betonungen aus dem Wege zu gehen, Operetten-Sentimentalitäten geschmackvoll vermittelte. — Herr Kopp und Fräulein L. Studt mimten flott das süßliche Liebes-Pächchen. H.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 18. Februar. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Die Forderungen vom Inlande wurden leicht erhöht, ohne bei den Käufern Gegenliebe zu finden. Auslandsgetreide blieb dagegen unverändert. (Weise in Rentenmark per 1000 Kilogramm. Rentenmark 4,20 = 1 US-Doll.) Weizen 156-162, Roggen 134-138, Hafer 110-116, Winter- und Sommer-Gerste 150-165, (ab inländischen Stationen einsch. Vorpommern), ausländ. Gerste 167-170, Mais 176-179 frei Raimaggon. Deutlichen ruhig und stilllos.

Futtermittel. Hamburg, 18. Febr. Mais loco in Rentenmark 8,90. La-Plata-Mais, Mai-Juni in holl. Gulden 9,15, do. Juli-September in Rentenmark 8,00. Reisfuttermittel (24proz.) Mais, in Rentenmark 1,25. Rapsluchen loco, in Dollar-Gold-Anleihe 1,20. Palmöluchen, März, in holländ. Gulden 7,85, Inland-weizenkleie, loco, in Rentenmark 4,30. Gerste, loco, in Rentenmark 8,85, Gerste, März, in Rentenmark 8,45, Gerste, April, in Rentenmark 8,60. Tendenz: stetig bei einigem Umsatz zu befestigten Weisen.

Heu und Stroh. Hamburg, 18. Februar. Im Grobhandel stellt sich der Preis für: Weizenheu, loco auf 1,70 Mk., do. gepreßt auf 2,70 Mk.; Gerstehheu, gebündelt auf 0,75 Mk., do. gepreßt 0,90 Mk.; alles je Zentner in Rentenmark frei Waagon inländischer Verladung, eptl. Deckenmiete. Tendenz: ruhig.

Kleinhandelsnotierungen des Hamburger Frachthandels. Hamburg, 18. Februar. Daiser 8, Mühlstrotz 7, Häckel 8,50, Weizenheu, gebündelt 5, Weizenroh 8,50 (alles per Zentner in Rentenmark).

Kinderwagen Promenaden- und Klappwagen in großer Auswahl (12268)



Das Haarwuchsproblem gelöst.

Man denke sich ein Mädchenanitz ohne Haar — es erscheint uns dann vollkommen fremd und abstoßend. Das Kopfhaar ist ein so überaus wichtiges Merkmal weiblicher Schönheit, daß beispielsweise allein schon schwacher Wuchs der Augenbrauen genügt, um ein sonst schönes Gesicht ausdruckslos und nüchtern erscheinen zu lassen.

Unter Haupthaar ist unsere Hauptzier, und schon bei Veränderung der Frisur hört man häufig: „Ach habe Sie garnicht erkannt. Sie hatten doch früher volles, langes Haar“.

Ueber die sich durch Haarverlust ankündigende tiefgehende Veränderung unseres Aussehens stellt sich bei jedem ganz natur-

gemäß Bestürzung, ja Verweiflung ein. Die Mittel der Quacksalber sind nicht das Geld wert, das die Umhüllung kostet. So genannte Haarpflegemittel zeigen vielfach die Kopfhaut und verletzten nachweislich (D. med. Vohl) die Lebensdauer des Haars.

Um so mehr ist es zu begrüßen, daß endlich die zünftige Wissenschaft das Gebiet eingehend studiert und nach manchen Umwegen (Prof. Dr. med. Jung) das Problem endlich zur Lösung gebracht hat. (Dr. Weidner.)

Dr. Weidner geht direkt vom menschlichen Haar aus und bringt dasselbe in Form von Schwefelwasserstoff auf die Kopfhaut. Prof. Dr. med. Friedenthal erkannte als erster die Bedeutung des Dr. Weidnerschen Silvitrons. Es zeigte sich sofort, daß be-

reits jahrelang bestehende Kahlgheit durch Silvitron wieder mit Haarwuchs bedeckt werden konnte.

Verkaufsdepot: Lübeck, St. Lorenz-Apothek, Lindenplatz 2. Von großer Bedeutung ist es, daß die Silvitron-Firma zunächst jeden Interessenten eingehend informiert. Senden Sie kein Geld, sondern verlangen Sie kostenlos und portofrei eine Silvitronprobe und das Büchlein „Das Geheimnis des Haarwuchses“. Benutzen Sie der Portofreigabe halber den Gratisbezugsschein, den Sie im offenen mit Ihrer Absender-Adresse versehenen Briefumschlag an Silvitron-Vertrieb G. m. b. H., Berlin 770, Alexanderstr. 26, einfinden. (12250) Gratisbezugsschein 770: Für eine Silvitronprobe und die Schrift „Das Geheimnis des Haarwuchses“.

Ämtlicher Teil

Der Senat hat an Stelle des auscheidenden Deponierats H. C. Vanenkain den Hofbesitzer Friedrich Deuf in Wülwisch zum Mitgliede der Finanzbehörde ernannt. (12271)

Das Gesetz- und Verordnungsblatt

der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 8 vom 19. Februar 1924 enthält: (12270)

Bekanntmachung, betreffend Veränderung der Bestimmungen über die Genehmigung, Unterzeichnung und Revision der Dampfessel. — Verordnung, betreffend den Schutz von Tieren und Pflanzen. — Siebenzehnter Nachtrag zur Abfuhrordnung vom 1. April 1919.

Schanfgewerbesteuer.

(S. Gesetz vom 8. Oktober 1916 nebst Nachträgen). Bis zum 29. d. Mts. ist die Gewerbesteuer vom Schanfgewerbe (Getriebe und Schanfgewerkschaften, Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus) für 1924 bei der Polizeistätte (Polizeikommissar-Stände am Dom, Zimmer 31, Saalraum) von 8 bis 1 Uhr zu entrichten.

Lübeck, den 15. Februar 1924. Das Polizeiamt. (12259)

Wegeesperrung.

Derjenige der Herrenbrücke von der Travenmünder Chaussee nach der Güttinger Mühle führende Weg ist bis auf weiteres für schwere Fuhrwerk gesperrt. (12258)

Lübeck, den 18. Februar 1924. Das Polizeiamt.

Mit Rücksicht auf das frühe Erscheinen der Durchführungsbestimmungen über die Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer 1924 werden für die am 19. Februar fälligen Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer Vorauszahlungen und Vorauszinsen nicht erhoben, wenn die Zahlung bis zum 23. Februar geleistet ist. Für die Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer bleibt es bei der gesetzlichen Regelung.

Zuschläge gemäß § 170 Abs. 2 der Reichs-Abgabenordnung werden nicht festgesetzt, wenn die Vorauszahlungen für Januar auf die Umsatzsteuer, Einkommen- und Körperschaftsteuer bis zum 23. Februar 1924 eingegangen sind. (12251)

Lübeck, den 18. Februar 1924. Das Finanzamt Westlichburg-Lübeck, Abt. Ia.

Bargeldloser Verkehr mit der Finanzkasse

Bei Banküberweisungen von Steuerbeiträgen als Vorauszahlung auf die Umsatz- und Einkommensteuer für 1924 sind den Steuerbeiträgen stets die vom Steuerpflichtigen auszufüllten Vorauszahlungen als Anlage beizufügen.

Bei allen anderen Steuern ist die Buchungsaufgabe der betreffenden Banküberweisung beizufügen.

Etwa verloren gegangene Buchungsaufgaben sind durch genaue Angabe von Steuerart und Kassenzettel mit Nr. zu erledigen. (Kassenzettel ohne Steuerart genügt nicht.)

Im Postverkehr und bei Postanweisungen sind die Vorauszahlungen der Finanzkasse besonders zu übermitteln.

In diesem Falle ist jedoch Steuerart und genaue Kassenzettel mit Nr. auf dem Postabdruck zu vermerken.

Die Finanzkasse wird in Zukunft Zahlungen bei denen nachstehende Bestimmungen nicht beachtet sind, zurückweisen.

Lübeck, den 15. Februar 1924. Das Finanzamt. (12254)

Holzverkauf

aus den Siemler Tannen

am Freitag, dem 22. Februar 1924, in der Gemarkung von Frau Ww. Schwartz, Herrenbrücke.

Ab 9,30 Uhr vormittags: Holz Nr. 90—105 = 155 Stück Fichten Stangen III und IV. Klasse.

780 Stück Fichten-Böhlern-jungen I und II. Klasse.

Holz Nr. 1—4 u. 18—19 = 149 im Kiefern-Knüttel

Ab 3 Uhr nachmittags: Holz Nr. 106—20 = 174 im Siemler-Knüttel. Waldhagen, im Februar 1924. Der Revierförster. (12272)



Mäntel · Kostüme außerordentlich preiswert

Mäntel in engl. Donegal-Geschmack beste Qualitäten, weite Ulsterform mit loser Falte und Gurt, offen u. geschlossen **19⁰⁰**

Mäntel aus Donegal und Covercoat, fesche Macharten in Schlüpf- und in Wickelformen **26⁰⁰**

Mäntel aus Covercoat und Tuch in nur erstklassigen Qualitäten, neue Gürtel- und Seitenschlußformen **39⁰⁰**

Kostüme mod. fesche Jacken- und Blusenform, in Donegal und englischem Geschmack, auf Seide, gute Verarbeitung **29⁰⁰**

Kostüme aus mod. Streifen und grauen Phantasiestoffen in jugendlichen Farben und Macharten **45⁰⁰**

Kostüme besond. wertvolle marine und schwarze Gabardine-Kleider, neue Formen, mit Binde- und Wickelgurt **58⁰⁰**

Gummi-Mäntel viele Farben, weite Formen, in besten wasserdichten Qualitäten **28⁰⁰**

Blusen Zephir- und Hemd-Blusen in feinen Streifen, hellfarbig, Wäscheverarbeitung **5⁷⁵**

Röcke in modernen reinw. Streifen reinwollenen Donegalstoffen, marine und schwarz, moderne glatte Plisseeform **10⁷⁵**



Konfirmand-Anzug u. Stiefel, G. 39 u. d. (12265) Gr. de zu verlauf. (12258) Garter, Kostümanden-anzug billig u. perf. (12281) 1 Junger u. perf. Schlutup, Lübecker Str. 81, II.

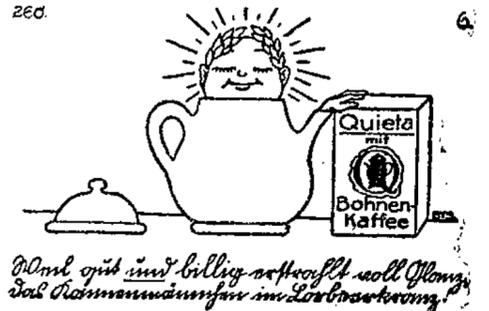
Nichtamtlicher Teil

Strammer Sonntag- lunge ankommen. (12255) Aug. Wulf u. Frau Elly (12274) geb. Westphal. (12276) Taufche m. 2-J.-Wohn- t. Mietung m. Gas, Stall u. Land aeg. 2-J.-Wohn- in Lübeck. (12277) Ana. u. G 695 a. d. Exp.

Blätterin sucht Pri- oastellen. (12255) Watenismauer 112. (12277) Zu tausch. gef. 2-Jm.- Wohn. gegen gleiche od. 3-Jm.-Wohn. (12277) Schwartauer Allee 2, II.

Solide Arbeiterin sucht ein leeres Zimmer. (12246) Ana. u. G 694 a. d. Exp. (12282) Suche zu sofort 1 od. 2 leere od. teilweise mö- blierte Zimmer. (12282) Ana. u. G 693 a. d. Exp.

Bezielte Heimpfätterin in noch für einige Tage der Woche außer dem Hause frei. (12279) Ana. u. G 687 a. d. Exp. (12279) Raum 25—30 qm gr. als Tischlerwerkstatt zu mieten gesucht. (12279) Ana. u. G 697 a. d. Exp.



Wohl gibt uns billigst gekaufte vollflorige, das Kaffeebohnenmehl im Laboratorium. (12249)

Gasherd, Gaslampe Brennhöhe, Schm.-Hütte Gr. 44 zu verk. (12258) Biernardstr. 18 I. (12275) Mofelinen auf Rom- mission gesucht. (12275) Ana. u. G 696 a. d. Exp.

Wäsche wird sauber ge- walt. u. geplättet (12250) Watenismauer 148, pt. (12246) 2 Kinder Dung zu kau- fen gesucht. (12246) Schwartau, Anoustr. 8.

Rollschuhe (Kugellag.) zu kaufen gef. Ana. m. (12217) Br. u. G 689 a. d. G. (12282) Prima Haarflecken fertigt an und Haarflecken repariert (12282) Feiler F. Lichtenstein, Gr. Burstr. 11, t. Flügel.

Sparklub „St. Lorenz-Nord“

Sonnabend, den 23. Februar in den feulich decorierten Räumen des „Moisinger Baum“:

Sr. Maskenball verbunden mit Kappenfest. — Anfang 7 Uhr.

Prämierung der 2 besten Damen- und Herren-Masken.

Um 8 Uhr 16 Min. 67 Sek. erscheint Se. Zollität „Prinz Karneval“ mit seinem Hofstaat, Märenten u. Märentinnen

Damen und Mitlieder 1 Mk. Herrenkarten 150 Mk. einlich Steuer. Vorverkauf bei R. Karstadt, Breite Str. 5. Wend. Jadenburger Allee 86.

Der Ueber schuß ist für Sportwecke bestimmt. Der hohe närrische Rat. Die Straßenbahn verkehrt bis 9,30 Uhr alle 20 Minuten. (12248)

Wblershorst. (11968) Morgen Ball.

Dr. med. Curt Timm Nervenarzt

Sprechstunde: jetzt Sandstr. 15 werktags 10-11, 4-6, außer Sonnabends nächm. Feinul 8410. (12257)

Zu allen Kassen zugelassen!

Geschäftsverlegung.

ANNONCEN-SCHMIDT

Bisher: Markt 15, I. Etage, **jetzt Breite Straße 95, I.** (Haus J. J. Struve-Castelli)

Fernruf 1477. **Annuncen-Annahme für alle Zeitungen des In- und Auslandes.**